



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 67. Sitzung
- endgültige Fassung* - **Teil 2**

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 15. Oktober 2015, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

Zeugenvernehmung

Seite

Brandon Bryant
(Beweisbeschluss Z-4)

siehe Teil 1 (Vorabfassung)

A. K., BND, ehem. Leiterin der HBW
(Beweisbeschluss Z-98)

2

* Hinweis:

Die Zeugen Bryant und A. K. haben keine Korrekturwünsche übermittelt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, ich würde gerne weitermachen. Bitte alle Türen schließen. Die Damen und Herren, die es noch interessiert, bitte Platz nehmen. Ich glaube, unsere Zeugin, Frau K., ist da. Ich würde dann Frau K. in den Zeugenstand bitten.

Vernehmung der Zeugin A. K.

Frau Schork, Sie als Zeugenbeistand sind dabei. Nach meiner Ansicht können wir auf eine erneute Belehrung der Zeugin - sie ist auch Juristin - verzichten, außer Sie würden jetzt sagen, aus Ihrer Sicht wäre es wichtig, dass ich die Zeugin noch mal belehre. Dann würde ich das noch mal machen.

RAn Dr. Stefanie Schork: Nein, können Sie dabei belassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist okay - nicht? Aber ich wollte Sie trotzdem fragen. Wenn Sie meinen, dass das wichtig gewesen wäre, hätte ich die Zeugin auch erneut belehrt.

Ich freue mich, dass Sie da sind. - Ich muss mal gucken, was wir noch alles nicht brauchen. - Auf eine erneute Vorstellung mit Namen, Alter, Beruf und ladungsfähiger Anschrift möchte ich auch verzichten. Ich glaube, wir können - ich gucke mal in die Runde der Fraktionen - direkt in die noch übrig gebliebenen Nachfragen gehen - oder? Oder müssen wir ganz neu einsteigen? - Wir können direkt an der Stelle wieder einsteigen, wo wir das letzte Mal ausgestiegen sind.

(RAn Dr. Stefanie Schork:
Herr Vorsitzender, darf ich
kurz dazwischengehen?)

- Ja.

RAn Dr. Stefanie Schork: Die Zeugin möchte gern als eine Art Eingangsstatement bestimmte Dinge noch mal klarstellen oder korrigieren, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

RAn Dr. Stefanie Schork: - die sie das letzte Mal gesagt hat. Vielleicht können wir das einfach am Anfang machen, bevor die Fragen kommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist aus unserer Sicht okay, höre ich gerade von allen Fraktionen. Dann fangen wir ganz normal mit einem Eingangsstatement der Zeugin an, und dann geht es reihum wie geplant. - Frau K.

Zeugin A. K.: Was ich gefunden habe in dem Stenografenprotokoll - können Sie mich verstehen? -, war ein Hinweis, dass ich zugeliefert hätte oder zugearbeitet hätte an Abteilung 2. Das ist nicht so. Das ist der Geschäftsbereich 2, der unter anderem die Technische Abteilung umfasst, aber ich habe nicht der Abteilung TA zugearbeitet.

Dann habe ich im Stenogramm gefunden, dass zu meiner Überraschung der Herr Dr. Hanning mit aufgeführt war. Das wüsste ich nicht, dass Herr Dr. Hanning das letzte Mal irgendwo im Raum anwesend war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, das war einfach ein Transkriptionsproblem der Stenografen oder des Protokolls. Da stand irgendwo der Name Hanning drin. Der war aber nicht anwesend meines Wissens. Aber gut, dass Sie es korrigieren, und dafür übersenden wir auch immer das Protokoll. Also, er ist niemandem aufgefallen, und von daher schließe ich, dass er auch nicht irgendwo verborgen hinter der zweiten Reihe gesessen hat. - Das war es?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Vielleicht will Herr
Wolff klarstellen, dass Herr
Hanning nicht da war!)

Zeugin A. K.: Ja, zu den Daten: Ich habe mir noch das Protokoll genommen, habe das angeschaut. Also, so, wie da der Eindruck dort entstehen kann mit Datenweitergabe - - Das müsste man noch mal in nichtöffentlicher Sitzung vielleicht anschauen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Dann würden wir zu den Fragen der Fraktionen



Nur zur dienstlichen Verwendung

kommen. Frau Warken war, glaube ich, als Letztes dran und wäre auch dann jetzt weiter dran. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Guten Abend zunächst! Ich habe auch eine Klarstellung oder eine Verständnisfrage zu Ihrer letzten Vernehmung, und zwar zum Thema Geodaten. Sie sagten, dass aus den Befragungen heraus dann auch, sage ich mal, Geodaten gewonnen wurden und übermittelt wurden bzw. zur Verfügung gestellt wurden, also Geodaten und ähnlich militärisch nutzbare Informationen. Dies sei aber nur verallgemeinert in die Berichte eingeflossen und stand dann auch aber dem amerikanischen Nachrichtendienst zur Verfügung.

Ich glaube, da besteht jetzt ein bisschen Missverständnis. Vielleicht können Sie noch mal erklären, was Sie genau gemeint haben mit „verallgemeinert“. Waren die dann unkenntlich gemacht, wie man zum Beispiel - keine Ahnung - die Telefonnummern teilweise auf der Telefonrechnung mit Weglassen von ein paar Zeichen unkenntlich macht oder ungenau macht? Manche haben das, glaube ich, so verstanden, als ob es eine Verfälschung wäre, als ob man dann praktisch falsche Ziffern nehmen würde. Oder wurden einfach nur Ziffern weggelassen? Vielleicht können Sie das einfach noch mal klarstellen.

Zeugin A. K.: Ja, genau, Letzteres. Alles andere würde einen falschen Eindruck erwecken. Die Daten haben wir nicht umgeschrieben, sondern die wurden einfach nicht zur Verfügung gestellt, aus vielerlei Überlegungen heraus. Außerdem war es auch nicht der Auftrag, diese Daten zu sammeln und mit Masse hier praktisch ein Datenbild zu zeichnen. Das war nicht der Auftrag.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, wenn Sie jetzt sagen, sie wurden nicht zur Verfügung gestellt, dann gar nicht, oder wurden sie nur völlig geschwärzt, oder wie muss ich es mir jetzt vorstellen?

Zeugin A. K.: Also, soweit eine gemeinsame Befragung stattfand, konnte man ja nicht - - Das wäre ja komisch gewesen, wenn man da die

durch die amerikanischen Partner besorgten, beschafften Daten bearbeitet hätte oder dann umgestellt hätte oder so was. Das bedeutet also, wir sprechen jetzt von Daten, die von Deutschen gesammelt worden sind - wären.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Also, wenn ein Amerikaner dabei war bei der Befragung, hat man die Daten dann nicht geändert, aber zur Verfügung gestellt. Und wenn es jetzt eine rein deutsche Befragung war, hat man die Daten gar nicht zur Verfügung gestellt oder irgendwie unkenntlich gemacht halt, sodass sie auf jeden Fall nicht mehr verwendbar waren. Habe ich es so richtig verstanden?

Zeugin A. K.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, dann war es so, dass, wenn es eine rein deutsche Befragung war, die Daten praktisch nicht mehr als Zielkoordinaten irgendwie zum Beispiel für Drohnen oder so weiter verwendbar gewesen wären.

Zeugin A. K.: Die wurden nicht zur Verfügung gestellt.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Aber bei Beteiligung eines Amerikaners wurden sie praktisch so, wie sie waren, komplett lesbar zur Verfügung gestellt -

Zeugin A. K.: Soweit ich weiß, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - und komplett verwendbar. - Okay. Gut, dann haben wir das auch geklärt.

Ich habe Sie in Ihrer ersten Vernehmung so verstanden, dass ja in keinem Fall BND-Mitarbeiter an Anhörungen im Asylverfahren - also nicht an Ihren Befragungen, sondern an Anhörungen im Asylverfahren - teilgenommen haben. Können Sie das für Ihre Dienstzeit sicher ausschließen, also ab dem Jahr 2008 dann?

Zeugin A. K.: Ich habe von keinem Fall gehört.

Nina Warken (CDU/CSU): Und vor Ihrer Zeit wurde das auch nicht so gehandhabt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Dazu kann ich nichts sagen; aber ich gehe davon aus, dass nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Mhm.

Zeugin A. K.: Aber wie gesagt, das war vor meiner Zeit. Ich kann nur über meine Zeit sprechen.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben auch Ausführungen dazu gemacht, dass ja der BND bei der Befragung von Asylbewerbern unter der Legende „HBW“ auftrat. Auf welcher Rechtsgrundlage konnte sich denn der BND so einer Legendenbildung bedienen?

Zeugin A. K.: Das beruht auf dem BND-Gesetz, und hier - ich muss es aus dem Kopf versuchen - auf § 3 BND-Gesetz. Und dort ging es um die nachrichtendienstlichen Mittel, und die HBW war die längste Zeit ein nachrichtendienstliches Mittel. Das heißt, man hat die HBW genützt zur Beschaffung.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben ja auch die Schwierigkeiten geschildert beim letzten Mal, die Sie praktisch hatten, das Handeln der HBW nach außen aufs BND-Gesetz zu stützen, weil die HBW ja in der Legendenbildung eine eigenständige Behörde sein sollte und eben nicht dem BND zuzuordnen sein sollte nach der Legende.

Zeugin A. K.: Das war - - Darf ich?

Nina Warken (CDU/CSU): Ja.

Zeugin A. K.: Das war bis 2013 so, bis Dr. Schröder den Zusammenhang hergestellt hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Also bis dahin? Dr. Schröder?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ole!)

- Ole?

(Heiterkeit)

Welcher Dr. Schröder? Ole Schröder?

Zeugin A. K.: Ole, ja.

(Heiterkeit)

Nina Warken (CDU/CSU): Genau, bis dahin hatte man also die Legende oder hatte man das so gesehen, dass es eine eigenständige Behörde sein sollte. Und Sie haben letztes Mal geschildert, dass es deswegen eben praktisch ein bisschen problematisch war, dann zu sagen: „Das Tätigwerden der HBW ist auf das BND-Gesetz zu stützen“, weil sie eigentlich nicht dem BND zuzuordnen sein sollte.

Jetzt mal unabhängig von diesen praktischen Problemen - will ich gar nicht drauf hinaus -: Hatten Sie denn jemals Zweifel daran, dass die Vorschriften des BND-Gesetzes für die Tätigkeit der HBW oder die Mitarbeiter, die unter der Legende tätig wurden, gelten?

Zeugin A. K.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Also würden dann auch die Vorschriften des BND-Gesetzes, die eine Datenübermittlung durch BAMF an den BND ermöglichen würden - -

Zeugin A. K.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Also unabhängig, ob man nach außen hin unter einer Legende tätig wird oder nicht. Also, das würde für beide Fälle gelten.

Zeugin A. K.: Richtig.

Nina Warken (CDU/CSU): Uns würde - ich glaube, alle Fraktionen - interessieren, nachdem Sie ja letztes Mal gesagt haben, Sie hatten nie selbst direkt an Befragungen teilgenommen, sondern nur Ihre Mitarbeiter: Gäbe es da Mitarbeiter, die aufgrund besonders langjähriger Tätigkeit da vielleicht als Zeugen für uns interessant wären, die an vielleicht vielen Befragungen teilgenommen haben? Und können Sie uns da auch Mitarbeiter nennen?

Zeugin A. K.: Gegebenenfalls.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Können Sie uns die dann später nennen, oder wollen Sie das jetzt? Weil uns interessiert dann natürlich vielleicht schon jemand, der jetzt nicht unbedingt nur zwei, drei Befragungen gemacht hat, sondern vielleicht auch mit Amerikanern zusammen, auch alleine, vielleicht auch die Praktikanten. Weil wir hatten es ja richtig verstanden, dass teilweise aus Kapazitätsgründen ja die Amerikaner befragt haben und seitens des BND nur Praktikanten - so haben wir es, glaube ich, besprochen - beteiligt waren. Das ist ja richtig, und diese Praktikanten könnte man auch noch benennen. Also, da gibt es auch noch Unterlagen dazu.

Zeugin A. K.: Das waren extreme Einzelfälle, die gegen Ende - - Wo eben die Personaldecke dünner und dünner wurde, da hat man das eben nicht mehr leisten können aus dem deutschen Personalbestand, aus den Altgedienten, und um sicherzustellen, dass da ein Deutscher mit dabei ist, hat man dann in ganz extrem wenigen Einzelfällen - -

Nina Warken (CDU/CSU): Aber das wäre noch nachvollziehbar.

Zeugin A. K.: Das kann ich jetzt - -

Nina Warken (CDU/CSU): Das können wir ja auch - - Gut. Dann würde ich zunächst an den Kollegen abgeben. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich bleibe da noch mal dran. Das wäre nachvollziehbar, wen Sie als Praktikanten eingesetzt haben? War das ein Ja? Ich habe das nicht genau - -

Zeugin A. K.: Theoretisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und praktisch?

Zeugin A. K.: Ich habe diese Akten nicht mehr bei mir im Zugriff. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was wird denn mit so Akten gemacht von Praktikanten in der Regel? Was haben Sie bisher damit gemacht?

Also, wie kommt so ein Praktikant eigentlich zu Ihnen, wird in so einer Situation eingesetzt und verwendet? Kann jeder Schüler aus meinem Wahlkreis sich bei Ihnen da bewerben?

Zeugin A. K.: Nein, der - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sondern?

Zeugin A. K.: Nein, das ist ein Mensch, der im Ausbildungsstadium ist und der - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt „im Ausbildungsstadium“? Inspektoranwälter oder was?

Zeugin A. K.: Der durchläuft ja intern Ausbildungsstationen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also Inspektoranwälter, war die Frage. Ja oder nein?

Zeugin A. K.: Ich weiß nicht, ob der Mensch, der damals mit dabei war, Inspektoranwälter war; weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigen Sie, dass ich verwirrt bin. Also, ich weiß in der Regel, wer bei mir im Büro rumläuft. Da taucht dann nicht mal irgendeiner auf, bei dem ich gar nicht weiß: Kommt der von der Bundestagsverwaltung, oder habe ich den eigentlich je mal gefragt, ob er Praktikum macht? - Also, ist da so ein Kommen und Gehen bei Ihnen gewesen, oder wie war das? Muss man doch wissen, wer da als Praktikant ist. Das ist doch nicht, sagen wir mal, ganz so eine Alltagsangelegenheit, die Sie da betrieben haben. Also, mir macht das Sorgen, dass der BND da nicht ganz - - Sie sind doch kein offenes Scheunentor, hoffe ich.

Zeugin A. K.: Nein, natürlich nicht. Natürlich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, sprich, war das, sagen wir mal, jemand, der im BND als Anwärter war? Dann ist der für mich kein Praktikant, dann macht er eine Ausbildung. Praktikant - - Dann ist er doch in der dreijährigen Ausbildung, wird nach drei Jahren als Inspektor



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann übernommen oder wie auch immer. Aber ein Praktikant ist doch ein Externer, der nur mal so reinschnüffelt. Ist das für mich - -

Zeugin A. K.: Nein, dann ist eine begriffliche Missverständlichkeit drin. Also nicht jemand von außen, so wie Sie es jetzt gerade schildern, sondern jemand, der in einer Ausbildungsstation ist, die - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay. - Könnte das auch ein Referendar gewesen sein -

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - oder ein Ratsanwärter?

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, es ist gehobener Dienst gewesen?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Praktikant im gehobenen Dienst?)

- Nein, sie sagt ja gerade, ist kein Praktikant - - Nein, das ist gar nicht lustig. Es war ein Inspektoranwalt, und das ist gehobener Dienst.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sprach von „gestandenen Praktikanten“ beim letzten Mal!)

- Deswegen frage ich doch gerade nach. Hör doch mal zu!

Zeugin A. K.: Es ist ein Missverständnis.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay!)

Das ist ein Missverständnis.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Also, es ist im Rahmen der Ausbildung zum

gehobenen Dienst jemand gewesen, der in der Ausbildung war - da machen die ja verschiedene Stationen: praktische Zeit, Zeit im Dienst dann, dann wieder an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Bundes -, also einer, der in der Phase ist. Verstehe ich das richtig?

Zeugin A. K.: Ich meine, mich daran zu erinnern, dass das genau so war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das klang beim letzten Mal - - Deswegen waren wir etwas baff - also ich auf jeden Fall -, als wir hörten, da war ein Praktikant dabei. Praktikanten sind bei uns in der Regel andere, Schüler, Studenten.

Zeugin A. K.: Nein, da ist ein begriffliches Missverständnis.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, es sind Mitarbeiter gewesen, die auch fest beim BND eingestellt sind, die Anwärter in der Regel waren vermutlich. Okay.

Wie viele waren das dann wohl so in Ihrer Zeit? Extreme Einzelfälle, hatten Sie gesagt. Sind das zwei, oder sind das 20?

Zeugin A. K.: Nein, keine 20. Nein, nein, nein. Einer, zwei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Praktikanten sind jetzt Anwärter, Inspektoren, und einer, nicht mehr Plural - richtig?

Zeugin A. K.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay. Nicht, dass wir Sie noch mal laden, und dann gab es das alles gar nicht. Okay. - Aber da sind Sie sich jetzt sicher im Gegensatz zur letzten Aussage.

Zeugin A. K.: Ich kann mich nur auf meine Erinnerung berufen, und das ist ein extremer Einzelfall gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Und die Personalakten müssten ja da sein, weil



Nur zur dienstlichen Verwendung

derjenige ist ja jetzt dann auch nach den drei Jahren vermutlich im BND geblieben, wenn er nicht irgendwie die Dienststelle und den Dienstherrn gewechselt hat vielleicht sonst wohin. - Okay.

Dann hatten Sie auf Nachfrage von Frau Kollegin Warken etwas zu Geodaten gesagt. In Ihrer letzten Zeugenaussage haben Sie gesagt, die Geodaten seien vor der Weitergabe an den AND verändert worden. Jetzt haben Sie gesagt: Nein, die Geodaten sind nicht weitergegeben worden. - Das ist schon ein relativ großer Unterschied, weil „verändert weitergegeben“ und „nicht weitergegeben“.

Zeugin A. K.: Mir ging es um das Meldungsprodukt als solchem, und das war ja für mich in der Situation eine Frage, die mich überrascht hat in dem Moment, und da ist mir - - dachte ich nur - - Mein Erinnerungsbild ist: Das war auf jeden Fall nicht verwendbar in einer militärischen Hinsicht. So. Mir ist aber dazu nicht eingefallen, wie das im Einzelnen abgelaufen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber kann es nicht sein, dass doch was weitergegeben worden ist, nur nicht koordinatenscharf, sondern grober? Es geht jetzt um die Geodaten.

Zeugin A. K.: Geodaten wären ja strategisch verwendbare Koordinaten - oder?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will jetzt nicht auf dem Wort „strategisch“ - - Sonst sagen Sie mir hinterher: Taktisch - na klar. Also, ich will jetzt - - Auf jeden Fall sind es verwendbare Daten. Wenn Sie die Koordinaten haben, dann können Sie sagen: Da ist X oder Y.

Zeugin A. K.: Uns ging es zum Beispiel darum, wenn wir Daten gesammelt haben, Umweltinformationen, und da war - - Das ist ja ein - - Die zu Befragenden waren oft nicht in der Lage, zu schildern, wo das genau gewesen sein könnte, eine Umweltverschmutzung oder so was, also ein Brunnen, der nicht sauber war, oder ähnliche Dinge.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weitere Fragen
möchten die Grünen stellen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Worauf ich hinauswill: Wir wissen: Wenn mit den Amerikanern zusammen Dinge erhoben worden sind aufgrund von Kartenmaterial, was gezeigt worden ist, dann hatten es die Amerikaner ja. Da braucht man nichts mehr weitergeben. Das ist ja gemeinsam gemacht worden.

Der Teil, der ohne Beisein von Amerikanern gefragt worden ist, da sind ja auch Geodaten abgefragt worden. Bei diesen Geodaten, die dann wohl an die Amerikaner weitergegeben werden - weil die gemeinsam erfragten muss man nicht weitergeben; die sind ja dann schon bei den Amerikanern -, da sagten Sie beim letzten Mal: verändert. Das ist missverständlich, und von Verändern ist, glaube ich, auch wirklich keine Rede. Meine Vermutung ist, dass diese Geodaten eben nicht koordinatengenau, sondern, wie ich mir das zum Beispiel bei so einem Handy - da habe ich einen blauen Punkt, und da habe ich einen großen blauen Kreis - - dass die sehr ungenau, aber natürlich nicht verfälscht oder wie auch immer, nicht koordinatengenau weiter-

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein?

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin A. K.: Ich versuche, ein Beispiel zu finden. Ein Ort im Umkreis von Ort XY im Umkreis von 30 km.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das meine ich. Wir meinen wahrscheinlich das Gleiche. Genau. Also, es wurde ein grober Kreis - - Also, es wurde nicht die Punktkoordinate, sondern was weiß ich was in dem Gebiet um X - - Okay. Genau. Das meinte ich. Dann haben wir uns doch richtig verstanden. Okay. - Aber das



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde dann doch so grob in dem Gebiet um X - - Das wurde dann auch mitgeteilt. - Okay. Weil ich hatte es eben so verstanden, als würde den Amerikanern nichts mitgeteilt.

Zeugin A. K.: Ich sage ja: Wir haben eine Unterscheidung getroffen. Wir haben schon sehr scharf hingeguckt, was wir weitergeben, was nicht. Und zum Beispiel, was ich jetzt meine, sind diese Daten bezogen auf Krankenhäuser oder sonstige Dinge und nichtmilitärische Daten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was würden Sie als militärische Daten bezeichnen? Die, die nicht - - Das Verb kam jetzt nicht. Deswegen benutze ich auch keins.

Zeugin A. K.: Also, wenn zum Beispiel die Zufriedenheit in einem Truppenteil ein Thema gewesen wäre, dann hätte man ja wissen wollen: „Wo liegt dieser Truppenteil?“, um überhaupt die Glaubwürdigkeit des Befragten zu hinterfragen, zu verifizieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre nicht weitergeleitet worden - oder doch?

Zeugin A. K.: Nein, das ist ja auch ein geografisches - - ein Koordinatensystem oder eine Koordinate - ich muss aufpassen -, aber das dient ja nicht einem - - Das dient dem Ziel der Verifikation einer Information: Ist es glaubwürdig, dass der Befragte hier sagt: „Da sind soundso viele Leute stationiert“ - zum Beispiel jetzt - „und unter denen herrscht eine große Unzufriedenheit“ meinetwegen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut.

Zeugin A. K.: Dann müsste man eben diese Daten - - Ist das bekannt, dass dort eben eine Einheit liegt - ja, nein? Und dafür würde das dann genützt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und würde diese Aussage, dass dort eine Einheit liegt, bevor Sie sie verifizieren, an den Partnernachrichtendienst, also die USA, weitergeleitet werden?

Zeugin A. K.: Das ist eine sehr spezielle Zielrichtung. Wenn ich das richtig erinnere, ist das tendenziell nicht weitergegeben worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich gebe mal tendenziell die Frage weiter. Ich glaube, ich bin momentan nicht so gut im Fragenstellen. - Frau Renner ist jetzt dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau K., wurden in den Befragungen auch Handynummern von Personen in den Herkunftsländern der Asylsuchenden erfragt?

Zeugin A. K.: Die haben uns nicht interessiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, wurden diese erfragt? - „Nein“ heißt das?

(Die Zeugin nickt)

Wurde durch die amerikanischen Befrager nach Handynummern gefragt?

Zeugin A. K.: Meines Wissens nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren in den Unterlagen, die Sie erhalten haben aus der Anhörung, Handynummern?

Zeugin A. K.: Weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben ja gleich noch mal Gelegenheit, das Protokoll der ersten Befragung anzusehen. Ich glaube durchaus, dass wir über Handynummern gesprochen haben; aber das werden wir dann noch mal klären.

Ich würde gerne auch noch mal zur Rechtsgrundlage fragen. Nach dem Doppeltürmodell des Bundesverfassungsgerichtes benötigt jede Seite beim Datenaustausch eine eigene Rechtsgrundlage, die die Weitergabe der Daten legitimiert. Und nun gibt es einen Evaluationsbericht nach Artikel 9 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes - da meint man erst mal, das hat mit uns nichts zu tun, aber hat es doch - vom 2. September 2015 unter der Drucksache 18/5935 des Deutschen Bundestages, und dort finden sich auch Ausführungen zur Rechtsgrundlage der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Weitergabe von Daten durch das BAMF an den BND. Ich möchte zitieren aus Seite 58:

Eine entsprechende Regelung zur Übermittlung von Informationen durch das BAMF an den BND existiert im BNDG nicht. Durch das Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 7. Dezember 2011 wurde der bisherigen Regelung der Satz 4 hinzugefügt, der vorsieht, dass die Zuständigkeit und das Verfahren für die Entscheidung des BAMF zu Übermittlungen nach Satz 1 in einer Dienstvorschrift zu regeln sind, die der Zustimmung des BMI bedarf.

Ist Ihnen diese Auffassung, die uns hier übermittelt wurde vonseiten der Bundesregierung, bekannt, dass eine Rechtsgrundlage nicht existiert?

Zeugin A. K.: Die Rechtsgrundlage war das BND-Gesetz.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, da steht hier genau das Gegenteil drin. Hier steht drin:

Eine entsprechende Regelung zur Übermittlung von Informationen durch das BAMF an den BND existiert im BNDG nicht.

Eine Auskunft der Bundesregierung. - Was ist denn jetzt richtig? Sagt die Bundesregierung uns das Richtige, oder sagen Sie das Richtige?

Zeugin A. K.: Also, ich bin davon ausgegangen, dass es § 8 BND-Gesetz ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat Ihnen das gesagt?

Zeugin A. K.: Der BND darf - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich meine, wer im Dienst hat Ihnen gesagt: „Das ist die Rechtsgrundlage, das dürfen Sie auf der Grundlage“?

Zeugin A. K.: Das war tradiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, man muss ja irgendwann - - Wenn man Befugnisse hat und in Grundrechte eingreift, dann nützt es nichts, dass es eine Tradition gibt. Dann muss einen dazu jemand ermächtigen.

Zeugin A. K.: Nein, das war der Auftrag, und die Bestimmung ist BND-Gesetz, die Befugnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das ist schriftlich irgendwo niedergelegt? Das haben Sie zu Beginn Ihrer Tätigkeit entgegengenommen, haben gesehen: „Das ist die Rechtsgrundlage, so kann ich handeln“?

Zeugin A. K.: Ich habe das so übernommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Vielleicht macht es dann Sinn für den Ausschuss, diese Drucksache dann auch beizuziehen.

Wir hatten Sie ja auch gefragt, wie denn überhaupt die Auswahl der zu Befragenden zustande kommt, und Sie sprachen in Ihrer Vernehmung davon, dass dem Verbindungsbeamten der Clearingstelle auf Grundlage eines Kriterienkatalogs auszugsweise Bestandteile von Verfahrensakten zur Verfügung gestellt worden seien. Kennen Sie diesen Kriterienkatalog?

Zeugin A. K.: Den habe ich vielleicht schon mal gesehen. Jedenfalls kenne ich die Kriterien. Jedenfalls kenne ich die Kriterien.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gerne MAT A BMI-7-1k.pdf, Blatt 18 vorlegen lassen und dazu einige Fragen stellen. Uns liegt mittlerweile der Kriterienkatalog auch vor.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Handelt es sich hier um den Kriterienkatalog des BND für das BAMF?

Zeugin A. K.: Die Kriterien kenne ich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das, was ich Ihnen vorgelegt habe, ist das der Kriterienkatalog des BND für das BAMF? Nicht, ob Sie den kennen, sondern das, was ich Ihnen vorgelegt habe, ob es das ist.

Zeugin A. K.: Kann sein, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, „kann sein“ ist schwierig, weil wir sind ja hier der Strafprozessordnung nachgebildet. „Ja“, „nein“ wären so die Optionen.

(RAn Dr. Stefanie Schork:
Das steht nicht in der Strafprozessordnung, dass ein Zeuge nur mit Ja oder Nein antworten darf!)

- Ja, aber „kann sein“ ist für uns schwierig, weil wir machen ja eine Beweiserhebung.

Zeugin A. K.: Das sind die Kriterien.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke. Genau. - Da sind ja verschiedene Auswahlkriterien benannt nach Gruppen. Können Sie uns sagen - das vielleicht auch vorlesen; das ist unproblematisch -: Was hatte da den höchsten Anteil, was hatte einen weniger hohen Anteil? Also, an der Gesamtzahl der Befragungen, was war sozusagen das Gros, das auf welche Kriterien hin ausgewählt wurde?

Zeugin A. K.: Inner- und zwischenstaatliche Konflikte, Entwicklungen, Migration, Schlepper, Schleuserwesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Mal abgesehen davon, dass, ich finde, Migration schwierig ist im Kontext von einer Sicherheitsbehörde, würde ich gerne wissen: Wenn jetzt ein Flüchtling ausgewählt wurde zur Befragung, war den Befragern - seien es die deutschen - -

Zeugin A. K.: Entschuldigung, wer ist ausgebildet worden?

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn ein Flüchtling ausgewählt wurde zur Befragung.

Zeugin A. K.: Ausgewählt. Ich habe verstanden „ausgebildet“.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das passiert selten in diesem Land. - Wenn ein Flüchtling ausgewählt wurde auf Grundlage dieses Kriterienkatalogs, war den deutschen bzw. US-amerikanischen Befragern bekannt, auf Grundlage welchen Auswahlkriteriums dieser zugeführt wird?

Zeugin A. K.: Ob dem amerikanischen Befragern klar war - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und dem deutschen. Beiden.

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, man wusste sozusagen, über welche Hintergrundinformationen diese befragte Person möglicherweise verfügen soll?

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden dann in den Befragungen auch Angaben zu anderen Auswahlkriterien bei der Person abgefragt, also wenn er jetzt ausgewählt war wegen Schlepper, hat man ihn dann auch befragt zu Versorgungslage?

Zeugin A. K.: Wenn sich das als Ansatz ergab.

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat alles - -Sie wirken so fragend. Also, es hat schon Sinn, weil wir kommen irgendwann zu der Frage: Handelt es sich um eine Spontanübermittlung oder um eine quasi rasterförmige Abfrage? Das ist der Hintergrund.

Haben sich die Befragten der DIA für besondere Auswahlkriterien von diesem Katalog interessiert?

Zeugin A. K.: Ich denke, wir kommen jetzt in die Frage der Methodik.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Also, wenn es um Einheiten der Befragung geht, dann kommen wir in die Fragen der Methodik. Wenn es ganz generell besondere Interessenschwerpunkte gibt, kann man das auch sagen, aber wenn es um die Einheiten geht, in eingestufte Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, aber es geht ja nur ganz allgemein. - Hat sich der DIA für besondere Kriterien in diesem Auswahlkatalog interessiert?

Zeugin A. K.: Wüsste ich nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre dann so weit die letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Schade! Aber dann machen wir in der nächsten Runde weiter.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Jetzt die SPD-Fraktion. - Hat im Moment keine Fragen offenbar. - Dann machen wir weiter mit Bündnis 90/Grüne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Frau K., ich überlege so ein bisschen, auch wegen der Klarstellung jetzt und der Fragen von der Unionsfraktion und den Gesetzesgrundlagen, an die man sich neulich nicht so genau entsonnen hat: Wie haben Sie sich denn auf die Sitzung heute hier vorbereitet?

Zeugin A. K.: Nun, indem ich mein Sitzungsstenogramm, dieses Protokoll, gelesen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann?

Zeugin A. K.: Mich damit beschäftigt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit irgendjemandem gesprochen?

Zeugin A. K.: In allererster Linie habe ich überlegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schon mal gut. Aber haben Sie mit irgendjemandem gesprochen?

Zeugin A. K.: Man spricht immer mit irgendjemandem.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das stimmt. Aber über die Dinge hier?

Zeugin A. K.: Nein, wir haben im Allgemeinen gesprochen, aber nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer? Mit wem haben Sie im Allgemeinen gesprochen über diese Dinge hier?

Zeugin A. K.: Mit ehemaligen Kollegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit ehemaligen Kollegen. Von der HBW, vom Bundesnachrichtendienst?

Zeugin A. K.: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die noch aktiv sind heute?

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind die auf Sie zugekommen, oder sind Sie auf die zugekommen?

Zeugin A. K.: Wir haben private Gespräche geführt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, private Gespräche. Also, hatten die netzpolitik.org gelesen und haben gesagt: „Frau K., was ist denn los?“?

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

(Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann hat man sich noch mal sozusagen überlegt, wie man die Dinge sozusagen richtig ausdrückt oder so?

Zeugin A. K.: Nein. Ich bin bei der Lektüre über bestimmte Dinge gestolpert und habe mir gedacht: Gut, so wie das da steht, das - - Und dann habe ich überlegt und überlegt, und dann sind mir Dinge wieder eingefallen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann haben Sie diese Leute angesprochen und - -

Zeugin A. K.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Die haben Sie angesprochen?

Zeugin A. K.: Nein, wir sind über netzpolitik.org ins Gespräch gekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Seite führt Menschen zusammen und macht vieles andere. Na gut.

Jetzt haben Sie ja gesagt: Gesetzesgrundlage ganz klar § 3 BND. Und da frage ich mich: Gilt das auch für Ihre Kooperation mit der DIA? Würden Sie da auch sagen, dass § 3 BND die Gesetzesgrundlage dafür ist, dass US-amerikanische Militäргеheimdienste in Deutschland Flüchtlinge befragen?

Zeugin A. K.: Ob das § 3 oder einer der anderen BND-Paragrafen ist, weiß ich auswendig nicht. Ich weiß aber, dass im BND-Gesetz drinsteht: Zusammenarbeit mit anderen Behörden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau K., da ich selbst Jurist bin, weiß ich um die Fehlbarkeit von Juristen. Aber wenn der BND schon mal welche beschäftigt, ist das einfach eine zu dünne Antwort. Deswegen wüsste ich gerne von Ihnen: Was ist die Gesetzesgrundlage dafür, dass Sie einen ausländischen Nachrichtendienst diese Befragungen durchführen lassen?

Zeugin A. K.: Das BND-Gesetz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist keine Gesetzesgrundlage, das ist ein Gesetz. Das ist so, als wenn ich Sie frage, woraus Sie einen Anspruch aus Kaufvertrag haben, und dann sagen Sie: aus dem BGB. Das ist eine unzureichende Antwort, und deswegen frage ich Sie noch mal - die Frage müssten Sie sogar beantworten, wenn sie keine Juristin wären, weil Sie diese Behörde geleitet haben - - Und jetzt möchte ich von Ihnen wissen: Was ist die Gesetzesgrundlage für eine solche Kooperation?

Zeugin A. K.: Herr Notz, das Tarnmittel habe ich geleitet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

(Martina Renner (DIE LINKE): Das Tarnmittel!)

Zeugin A. K.: Das Tarnmittel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch ein guter Begriff; aber trotzdem tragen Sie die Verantwortung oder Sie tragen die Verantwortung für einen bestimmten Bereich eine gewisse Zeit. Das heißt ja nicht, dass Sie an allem schuld sind, aber Sie müssten einem schon sagen können - - Für ein so abenteuerliches Konstrukt, einen ausländischen Militäргеheimdienst in Deutschland verdeckte Datenerhebungen durchführen zu lassen, da müssten Sie mir schon eine Norm nennen können. Sonst hat man den Eindruck, dass beim BND alle Türen irgendwie offen stehen und die Hütte brennt. Und deswegen würde ich Sie jetzt bitten, mir eine Norm zu nennen.

Zeugin A. K.: Dann müssten Sie mich bitte mit einem Gesetz ausstatten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte schön.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Das kann jetzt einen Moment dauern, weil das Bundesverfassungsschutzgesetz spielt da ja auch mit rein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann dauern, Frau K., aber ich würde die These vertreten vielleicht, es gibt keine.

Zeugin A. K.: Doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der naheliegende - - Also, ich sage Ihnen, ohne aus den Akten zu viel plaudern zu wollen: Man ist selbst auf den Gedanken beim BND gekommen, dass es keine Gesetzesgrundlage gibt. Deswegen wird Ihnen wahrscheinlich jetzt nicht das gelingen, was dem ganzen Haus nicht gelungen ist. Ich wehre mich nur gegen die Darstellung, dass es für so etwas eine Gesetzesgrundlage geben könnte. Ich fühle mich bestätigt, dass Sie als langjährige Leiterin der Tarn-

Zeugin A. K.: Des Tarnmittels.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - des Tarnbereichs -

Zeugin A. K.: Tarnmittels.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Tarnmittels - Verzeihung! - es mir nicht sagen können. Das wäre auch kurios, wenn in einem deutschen Gesetz drinstehen würde irgendwo: Ach, übrigens ist es okay; Sie können mit gestandenen Praktikanten, Mitarbeitern ausländischer Nachrichtendienste verdeckte Datenerhebungen durchführen lassen in Deutschland. - Das wird es nicht geben.

Zeugin A. K.: Verdeckte Daten darf der BND erheben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, der BND, aber nicht die DIA. Das ist der Punkt. Und Sie haben die sozusagen zum Trog geführt. Sie haben mit Ihrer Organisation dafür gesorgt, dass ein amerikanischer Nachrichtendienst in Deutschland diese Daten erheben kann, und dann sind das auch noch die Datenerhebungen, von denen Sie eben alles weitergeben; haben

Sie ja selbst eben gesagt. Das ist einfach ein Hammerproblem, und es gibt dafür keine rechtliche Grundlage.

Zeugin A. K.: Doch, das BND-Gesetz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Okay. Das ist etwas redundant. Sei's drum! Ich habe wenig Zeit immer.

Noch mal ganz kurz die Frage: Sie haben ja gesagt, Sie hätten mit Leuten vom BND über netzpolitik.org und Ihre Vernehmung gesprochen. Das letzte Mal haben Sie auch mit jemandem vom Bundeskanzleramt gesprochen darüber.

Zeugin A. K.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht von jemandem, der beim Bundeskanzleramt für den BND zuständig ist?

Zeugin A. K.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie eben gesagt, relevante Daten wurden irgendwie nicht weitergegeben, und dann wurde hier mal nach der Handynummer gefragt. Ich will Sie jetzt noch einmal das ganz klar fragen, weil ich mir das überhaupt nicht vorstellen kann, und man will Sie ja auch vor Falschaussagen hier bewahren. Sie wollen sagen, dass über Ihre Behörde - ob nun Sie selbst oder die DIA - niemals Handynummern bzw. IMEI-Nummern bzw. Kontaktdaten von Befragten aufgeschrieben wurden, verarbeitet wurden, weitergeleitet wurden? Das ist ihre These?

Zeugin A. K.: Das war nicht unser Auftrag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wissen ja, dass das nicht viel zu bedeuten hat beim BND, was nicht der Auftrag ist, seitdem wir wissen, dass Selektoren eingefahren werden, die nicht im Auftragsprofil der Bundesregierung stehen. Dazu kommen wir gleich noch. Aber das ist nicht die Antwort auf meine Frage. Ich habe gefragt: Wurden Telefonnummern erhoben? Und wenn Sie sagen: „Das war nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

unser Auftrag“, dann kann das heißen: Ja, natürlich wurden die erhoben; haben wir halt einfach so gemacht. - Deswegen beantworten Sie meine Frage bitte mit Ja und Nein: Wurden Telefonnummern, Handynummern, Adressen, digitale Visitenkarten - was auch immer in diesem Bereich - aufgeschrieben, ausgefragt, vielleicht sogar aus Handys selbst rausgelesen und dann irgendwie verarbeitet oder weitergegeben?

Zeugin A. K.: Das war nicht der Auftrag, und das war auch nicht das Interesse. Das Interesse war an der Sachinformation.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Sie beantworten jetzt zum zweiten Mal meine Frage nicht. Wurde das getan oder nicht?

Frau K., ich sage Ihnen noch mal, da die Vorsitzende das nicht macht: Auch das Weglassen wesentlicher Dinge auf Fragen von uns ist eine Falschaussage. Und wenn Sie glauben, dass Sie sich hier irgendwie durch sinnlogische Feinheiten durch diese Problematik durcharbeiten können - das täuscht. Sie müssen diese Frage beantworten.

Zeugin A. K.: Ich erinnere mich nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre die Zeit so weit um. Dann geht es weiter bei der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. - Ich komme noch mal auf einen anderen Bereich zurück. Wir haben jetzt, glaube ich, rausgearbeitet, dass es diese Dienstanweisung Asyl gibt mit dem Kriterienkatalog, auf dessen Grundlage dann das BAMF Daten übermittelt hat. Wie war das noch mal konkret? Haben die da die ganze Akte übermittelt, oder hat dann da der BAMF-Mitarbeiter so eine Art Zusammenfassung geschrieben, warum die Person auch in Betracht kommt, vielleicht auch mit einer Bewertung, oder was genau ist vom BAMF denn da zu Ihnen gekommen?

Zeugin A. K.: Das sind Teile der Anhörung.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Anhörungsbogen, das Protokoll der Anhörung?

(Die Zeugin nickt)

Da wurde aber kein eigenständiger Bericht des BAMF geschrieben, sondern da wurde einfach ein Aktenauszug übermittelt?

Zeugin A. K.: So kenne ich es.

Nina Warken (CDU/CSU): Und das entsprach aber immer dem Kriterienkatalog, oder hat man auch einfach mal gesagt: „Jetzt kommen mal alle Daten von Asylbewerbern aus Afghanistan zu uns rüber“? Oder musste das schon dem Kriterienkatalog entsprechen, oder hat man das auch pauschal gemacht nach Herkunftsgruppen?

Zeugin A. K.: Das hat sich nach dem aktuellen Interesse gerichtet. Wenn das Interesse war, zu einem Krisenbogen zu berichten, hat man speziell eben dort Menschen versucht zu finden, die dazu aussagefähig sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Also hätte dann als Kriterium auch genügt: Asylbewerber oder Antragsteller aus Afghanistan? Spezieller musste das dann gar nicht sein?

Zeugin A. K.: Themen- oder regionenbezogen.

Nina Warken (CDU/CSU): Es gab mal eine Antwort der Bundesregierung, wo es auch um die Übermittlung von Daten ging. Da steht so ein Begriff, über den bin ich gestolpert; den würde ich gern noch mal erläutert haben. Also:

In Fällen eigeninitiativer Datenübermittlung durch das BAMF erfolgt stets eine Prüfung, ob die Tatbestandsvoraussetzungen für eine einzelfallbezogene Meldung erfüllt sind.

Usw. - Was heißt „In Fällen eigeninitiativer Datenübermittlung durch das BAMF“, und was wären dann die anderen Fälle?

Zeugin A. K.: Damit kann ich im Moment nichts anfangen.

Nina Warken (CDU/CSU): Eigeninitia- - Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass es immer so



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Art eigeninitiierte Datenübermittlung ist, weil das BAMF zwar anhand des Kriterienkatalogs, aber ja schon von sich aus übermittelt. Oder gab es da Unterschiede? Gab es Fälle, wo Sie was konkret angefordert haben, und Fälle, wo eher das BAMF die Initiative gestartet hat, oder wie muss ich das verstehen? Oder ist das einfach jetzt nur ein Begriff, der da nur so reingeschrieben wurde in die Antwort? Gab es da Unterschiede? Das müssten Sie ja sagen können, ob es da unterschiedliche Fallkonstellationen gab.

Zeugin A. K.: Nun, wir haben ja mit dem BAMF bekanntlich zusammengearbeitet, und das heißt initiativ. Wir haben ein Interesse an bestimmten Dingen gehabt, regional- oder themenbezogen, und das BAMF kannte diese Interessen. Und - - ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es darüber hinaus Fälle, wo das BAMF gesagt hat: „Mensch, das habt ihr uns jetzt zwar nicht so konkret gesagt oder angefordert, aber die Person wäre noch interessant“? Gab es so was auch?

Zeugin A. K.: Das schließe ich nicht aus.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Dann würde ich mal im Moment abgeben. - Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja. Dann geht es bei Frau Renner weiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich hatte Ihnen ja schon den Kriterienkatalog vorgelegt. Ist das der Kriterienkatalog des BAMF oder der Kriterienkatalog des BND?

Zeugin A. K.: Ich gehe davon aus, dass es der vom BND ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Gut. - Dann noch mal zur Frage, wer denn die Kriterien bestimmt, auf deren Grundlage die Unterlagen dann zur Verfügung gestellt werden. Also, der BND bestimmt die Kriterien, und das BAMF übermittelt auf Grundlage der Kriterien. Dann kann es keine Spontanübermittlung sein, sondern eine nach den sozusagen Vorgaben des BND?

Zeugin A. K.: Ja, das ist ein Interessenspektrum.

Martina Renner (DIE LINKE): Des BND. Und das BAMF sucht danach die Unterlagen heraus und übermittelt die Unterlagen? - Also, wir können das auch abkürzen. Es steht oben drauf: „Sicherheitsbehörden im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes“. Darunter fällt das BAMF auch nicht. Das muss der Kriterienkatalog des BND sein.

(Die Zeugin nickt)

Genau. Und auf deren Grundlage sind dann die Unterlagen ausgewählt worden und die zu Befragenden zugeführt worden?

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Gut. Nein, das ist wichtig, weil es ja Kommentierungen zum § 8 BND-Gesetz gibt, in denen eben ausgeführt wird, dass der § 8 nur Spontanübermittlungen ohne besondere Initiative oder Anfrage des BND erlaubt. Und da der Kriterienkatalog ja vom BND stammt, übermittelt wird und daraufhin das BAMF die Datenübergabe bzw. die Personenübergabe veranlasst, fällt hier auf jeden Fall Spontanübermittlung ohne besondere Initiative oder Anfrage des BND einfach flach. - Das wollte ich einfach nur noch mal zur rechtlichen Klarstellung - -

Und jetzt würde ich gerne noch mal darauf hinarbeiten - - Sie sagten, es sind ja lediglich Sachinformationen abgefragt worden, nicht solche Dinge wie Handynummern oder Ähnliches. Nun haben Sie ja mit einem militärischen Geheimdienst kooperiert, der DIA. Das ist richtig. Und es gibt eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage auf 12/3326 - ziemlich alt -, Kleine Anfrage der Grünen.

Zeugin A. K.: 2012?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, von 91. [sic!] Da wird gefragt: Meldeaufkommen der HBW im Zeitraum ab 2008. Und in dieser Antwort der Bundesregierung heißt es, 38 Prozent waren 91 militärisch relevante Meldungen, 18 Prozent



Nur zur dienstlichen Verwendung

politisch und 18 Prozent technisch-wirtschaftlich. Können Sie uns etwa sagen, wie in Ihrer Dienstzeit sich diese Verhältnisse - militärisch relevant, politisch und technisch-wirtschaftlich - entwickelt haben? Hier hat ja das Militärische klar den Überhang gehabt, 91. Wie war es später?

Zeugin A. K.: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das interessiert uns aber. Ist das evaluiert worden?

Zeugin A. K.: Ich kann Ihnen das nicht mehr sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Welchen Anteil hatten militärisch relevante Informationen? 91 waren es 38 Prozent. Sie kooperieren mit einem militärischen Geheimdienst.

Zeugin A. K.: Erinnerere ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen, das ist der heikle Punkt - nicht?

In dem Kriterienkatalog des Bundesnachrichtendienstes, der an das BAMF gegangen ist, gibt es einen Punkt 2. Da werden Informationen zu „Funktionsbezogene“ erfragt:

Führungskräfte oder Personen mit Spezialkenntnissen in Bereichen:

- Militär
- Paramilitärische Organisationen
- Politik, Parteien, oppositionelle Organisationen
- Staatliche Administration
- Wirtschaft, auch Energie und Rohstoffe
- Infrastruktur
- Nachrichtendienste

Das sind militärisch relevante Informationen - oder?

Zeugin A. K.: Im weitesten Sinne, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Welchen Anteil haben Befragungen zu militärisch relevanten Informationen in Ihrer Dienstzeit gehabt?

Zeugin A. K.: Kann ich Ihnen nicht sagen, nicht auswendig.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeugin A. K.: Kann ich Ihnen nicht auswendig sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Welches Interesse hat ein militärischer Geheimdienst an den Informationen, die Sie durch die Befragung zur Verfügung gestellt haben?

Zeugin A. K.: Zu einem Lagebild.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu einem Lagebild für was? Wie das Wetter ist in Afghanistan, oder um was geht es?

Zeugin A. K.: Zu Lagebild und Lageveränderungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Lagebild von was? Sie besuchen die Kelley Barracks in Stuttgart. Sie treffen dort jemanden von der DIA, der Kontakt hat zu AFRICOM. Geht es hier mehrheitlich um militärisch relevante Informationen, die von den Flüchtlingen erfragt wurden?

Zeugin A. K.: Mehrheitlich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ist diese Aufteilung, die wir aus 91 erhalten haben als Deutscher Bundestag - 38 Prozent militärisch relevant, 18 Prozent politisch, 18 Prozent technisch-wirtschaftlich - - Könnte das auch so ungefähr die Verteilung sein zu Ihren Zeiten?

Zeugin A. K.: Das kann ich nicht mehr sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Wenn es nicht der größte Anteil war, wie groß war der Anteil der militärisch relevanten Information?

Zeugin A. K.: Kann ich Ihnen auch nicht sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Aber er war groß?

Zeugin A. K.: Nicht notwendig, nicht notwendigerweise.

Martina Renner (DIE LINKE): Ob er notwendigerweise groß war, ist, glaube ich, nicht so wichtig. Die Frage ist: War der Anteil an militärisch relevanten Meldungen groß, größer als andere Bereiche?

Zeugin A. K.: Weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann das immer gerne noch mal wiederholen, was auch der Kollege Dr. Notz dann immer gerne an der Stelle sagt: Sie waren die Leiterin dieser - ich vergesse das immer - Tarn- -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Des Tarnmittels!)

- Des Tarnmittels. Dann erklären Sie mir mal, wenn Sie nicht mehr sagen können, welchen Anteil diese militärisch relevanten Informationen hatten: Was war das Interesse der DIA? Lagebericht ist mir zu wenig. Ich kann mir darunter nichts vorstellen. Was wollten die wissen?

Zeugin A. K.: Kann ich Ihnen im Einzelnen nicht mehr sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann im Groben.

Zeugin A. K.: Ja, zur Lage im Lande, also zur Bedrohungslage.

Martina Renner (DIE LINKE): Zur Bedrohungslage.

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Bedrohung durch wen?

Zeugin A. K.: Ja, bezogen auf ein Land.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meine, die haben ja auch eigene - -

Zeugin A. K.: Ein Konflikt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber für was brauchen sie die dann? Also, ich meine, das ist irgendwie ein militärischer Geheimdienst der USA - der wird ja ungefähr wissen, wie es in Afghanistan aussieht. Aber er geht in die Kooperation mit Ihnen und will dort etwas Spezielles wissen. Das Allgemeine weiß er - wie es aussieht in Somalia, Afghanistan, Syrien oder Irak. Was will er von Ihnen für Informationen?

Zeugin A. K.: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Was können Ihre Befragten beisteuern, was die Amerikaner an anderer Stelle nicht bekommen? Doch keine allgemeinen Informationen! Dafür macht man doch nicht dieses ganze Prozedere.

Zeugin A. K.: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die haben da einfach ihre Zeit verplempert irgendwie, um das zu erfahren, was sie sowieso schon wussten über die Länder? Haben die Amerikaner an der Erstellung dieses Kriterienkataloges mitgewirkt?

Zeugin A. K.: Meines Wissens nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre jetzt die Zeit um.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann machen wir nachher weiter.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre jetzt die SPD dran.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, vielen Dank. - Ich habe eigentlich nur noch mal eine Nachfrage zu einem Themenkomplex, über den wir das letzte Mal auch gesprochen hatten und der mir aber - gebe ich zu - nicht so ganz aus dem Kopf geht und wo ich einfach nur noch mal nachfragen möchte, ob ich das alles richtig verstanden habe. Meine erste Frage wäre: An den Befragungen, wie viele Mitarbeiterinnen, also wie viele



Nur zur dienstlichen Verwendung

Befrager, haben da in der Regel teilgenommen?
Einer oder zwei?

Zeugin A. K.: Bei von Deutschen durchgeführten Befragungen ein Befrager.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Und wenn ein Amerikaner, dann war einer als Begleitung dabei.

Zeugin A. K.: Korrekt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Jetzt hatten Sie gesagt, dass so rund 300 Flüchtlinge von Ihrer Behörde vernommen wurden und dass Sie 50 Befrager hatten. Jetzt wäre meine Frage noch mal: Wie lange hat so eine Befragung eines Flüchtlings gedauert, also wie lange war da einer der Befrager damit beschäftigt?

Zeugin A. K.: Unterschiedlich lang.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was war so - - Nur dass wir ungefähr - - Ein Tag, eine Woche, ein Monat? War das ein Gespräch, waren das mehrere Gespräche?

Zeugin A. K.: Ich würde gerne kurz mich mit - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

(Die Zeugin berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeugin A. K.: Also, es gab in der Regel relativ kurz bemessene Befragungen. Es gab aber auch Befragungen, die sich verteilt haben auf vielleicht ein, zwei, drei Treffen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Danke schön. So ungefähr hatte ich das auch von unserer letzten Befragung im Kopf, und ich habe mir das extra noch mal aufgeschrieben. Also, Sie hatten 50 Befragerinnen und Befrager. Jetzt nehmen wir mal irgendwie - - Die haben so im Normalfall 42 Arbeitswochen im Jahr. Das sind 2 100 Mann-/Frauwochen, und Sie haben 300 Flüchtlinge. Also, ich nagele Sie da nicht fest; das ist nur so ein Rechenbeispiel. Das heißt, im Schnitt hätten Sie

pro zu befragendem Flüchtling, hätte jeder Ihrer Befrager sieben Wochen Zeit gehabt.

Zeugin A. K.: Zum Befragungsprozess würde ich gerne detailliert in nichtöffentlicher Sitzung aussagen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Können wir dann - - Also, weil irgendwie: Das ist - - Ich gebe zu, ich kenne nicht die Details, aber es erscheint mir - - Wenn Sie sagen, manche waren kurz, manche waren auch mehrere Treffen, dann erscheint mir das sehr viel Zeit für eine relativ überschaubare Anzahl von Flüchtlingen. Und weshalb ich noch mal so nachhake, ist: Sie haben ja eben vom „Tarnmittel“ gesprochen usw. Sie haben, glaube ich, das letzte Mal gesagt: Ihre Mitarbeiter, was anderes haben die nicht gemacht. - Sorry, das erscheint mir nach wie vor nicht so plausibel. Aber ich frage gerne nachher in der nichtöffentlichen noch mal nach. - Danke.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Keine weiteren Fragen? - Dann geht es bei Herrn von Notz weiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich muss jetzt doch noch mal fragen - und ich meine das nicht despektierlich, Frau K. -: Wenn Sie sagen, Sie sind Leiterin des Tarnmittels gewesen, heißt das - - Nur weil wir es nicht wissen - - Wir bekommen ja so kryptische - - Sie heißen hier Frau K. Ich weiß gar nicht, wer Sie sind. Haben Sie diese Abteilung mit 100 Leuten geleitet?

Zeugin A. K.: Abteilungen, Herr von Notz, habe ich nicht geleitet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Was haben Sie gemacht?

Zeugin A. K.: Ein Referat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Und das Referat? Wie viele Leute haben da gearbeitet?

Zeugin A. K.: Im Zeitraum, in dem ich die Leitung hatte, hat diese Anzahl sehr geschwankt. Es



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist immer kleiner geworden, und am Schluss - Sie wissen es - ist es aufgelöst worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Aber jetzt nicht den Endzustand, sondern den zu Beginn. Wie viele waren denn da?

Zeugin A. K.: Rund 100 Leute.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rund 100 Leute. Okay. - Ich stelle mir das so vor, dass dieses Tarnmittel eine total wichtige Einheit ist für den Bundesnachrichtendienst. Man sagt immer irgendwie: So im HUMINT, SIGINT ist nicht so gut, aber da sind die Deutschen voll toll. - Und ich glaube, das ist so die Goldgrube, die Sie leiten. Deswegen würde mich das einfach unheimlich interessieren, was Sie machen. Ich finde es, ehrlich gesagt, ein bisschen unwürdiges Schauspiel für alle Beteiligten, wenn Sie diese Fragen nicht beantworten. Ich halte es für absurd, hier um die Frage rumzutanzeln, ob Sie Mobilfunknummern irgendwie zu Protokoll genommen haben. Das ist doch absurd. Deswegen bitte ich Sie um die Beantwortung dieser Fragen; denn als Leiterin dieses Tarnmittels müssen Sie das doch sagen können.

Also, bei den Vernehmungen, die durchgeführt wurden: Wurden dort auch Mobilfunknummern aufgeschrieben, abgefragt von den Betroffenen, von Bekannten, von Leuten, die die in der Heimat kennen?

Zeugin A. K.: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finden Sie das nicht selbst skandalös? Nein, jetzt mal wirklich. Finden Sie das nicht skandalös? Sie haben diese Abteilung geleitet, und Sie beantworten diese Fragen nicht.

Zeugin A. K.: Entschuldigen Sie: das Referat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Referat. Ja, Gott Allmächtiger! - Das Referat. Sie haben das Referat geleitet. Sie können diese Frage nicht beantworten. Heißt das, Sie erinnern sich nicht mehr?

Zeugin A. K.: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das ist hochgradig unglaubwürdig, und das sage ich Zeugen sehr ungerne als Rechtsanwalt. Aber ich finde es hochgradig unglaubwürdig. Und ich sage Ihnen: Das ist auch eine Falschaussage, wenn man sich erinnern kann, und es ist wesentlicher Bestandteil Ihrer Arbeit gewesen. Das ist einfach eine Falschaussage. Und wir werden hier noch andere Zeugen vernehmen. Dann werden wir die Frage stellen, ob es wahrscheinlich ist, dass die Leiterin dieses Referats nicht wusste, dass Handynummern - - sich nicht mehr erinnern konnten. Und wenn die dann sagen: „Das war aber die Hauptaufgabe, die wir zu erfüllen hätten“, dann hat das Konsequenzen. Ich sage Ihnen das. Unfassbar! - Das Auftragsprofil der Bundesregierung, ja, das sagt Ihnen was - oder?

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das voll sozusagen bekommen?

Zeugin A. K.: Das kann jeder einsehen.

(Martina Renner (DIE LINKE): Wie bitte? Würden wir gerne!)

Also, das ist natürlich gestuft, klar. Aber jeder, der ein Recht dazu hat, kann bei uns Einblick dann nehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Bei Ihnen konnten das mehrere Leute einsehen, in ihrem Referat. Sie auch?

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Haben Sie Informationen gesammelt, die nicht in diesem Auftragsprofil der Bundesregierung lagen?

Zeugin A. K.: Ist mir nicht erinnerlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es - - Wie war das denn genau mit der Kooperation mit dem BAMF? Also, wer hat da überhaupt mit wem kommuniziert? Also, wer war beim BAMF Ansprechpartner für Ihr Referat?

Zeugin A. K.: Das Sicherheitsreferat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Sicherheitsreferat im BAMF.

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das eine Person, oder sind das zehn Personen, oder haben die einen Leiter?

Zeugin A. K.: Ich erinnere mich an einen Mitarbeiter, also einen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie uns sagen, wer das ist?

Zeugin A. K.: Nein, nicht mehr auswendig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte uns die Bundesregierung sagen, wer das ist?

MR Torsten Akmann (BfM): Können wir tun, aber ich denke, die Frau Leistner-Rocca, die Zeugin nachher, wird das auch machen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und wie läuft da - - Haben Sie die Kommunikation mit denen gemacht?

Zeugin A. K.: Nein, das war der Verbindungsbeamte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Verbindungsbeamte des Referats beim BAMF. Also, wenn Sie irgendwas wollten, dann haben Sie mit dem Sicherheitsbeamten gesprochen, damit der beim BAMF sagt, was Phase ist?

Zeugin A. K.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Würden Sie mir einfach sagen, wie es war?

Zeugin A. K.: Der Verbindungsbeamte meines Referates hat den Kontakt gepflegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu dem Sicherheitsmenschen beim BAMF?

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Und dann haben Sie mit dem Sicherheitszuständigen von Ihrem Referat geredet, wenn Sie was vom BAMF wollten?

Zeugin A. K.: Nein, der Verbindungsbeamte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben Sie denn dieses Referat geführt? Also - -

Zeugin A. K.: Arbeitsteilig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich bin auch schon sehr angestrengt, und vielleicht liegt es auch ein bisschen an mir, aber vielleicht kann die Bundesregierung mal sagen, ob das so ist, dass das sozusagen die kompetenteste Ansprechperson ist, die Sie uns liefern können, um über diese Tarnmittel hier Informationen für den Ausschuss zu bekommen.

Ich finde, es ist eine für den Bundesnachrichtendienst hochnotpeinliche Befragung, und wir machen das jetzt in der zweiten Runde, und es wird eher schlimmer. Deswegen würde ich gerne mal wissen, wie das hier weiterlaufen soll. Wir hätten gerne Informationen, wie das gelaufen ist, und das funktioniert irgendwie nicht, ja. Sonst wird hier jede fünf Minuten interveniert. Hier sitzen Sie und verfolgen die Demontierung des Bundesnachrichtendienstes. Ich würde gerne mal wissen, wie das hier weiter laufen soll.

(Christian Flisek (SPD):
Was soll der arme Herr
Wolf hier sagen?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja, Herr von Notz, wenn hier keine Meldung - - Irgendwie müssen wir so weiterkommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann ist das so.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja, dann ist das so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeder ist für sein eigenes Schicksal verantwortlich.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre die Zeit - - Vielleicht noch eine Frage - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, noch eine Frage, bitte.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja, eine noch, und dann ist es gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen die sogenannte Montagsliste etwas, Frau K., die Montagsliste?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin A. K.: Können Sie mir noch was dazu sagen?

(Martina Renner (DIE LINKE): Eigentlich läuft das hier andersrum!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich werde das Gefühl nicht los, dass Sie überhaupt nicht zuständig sind für die Dinge, zu denen ich Sie befrage. Wurden in Listenform irgendwelche Daten übermittelt? Und könnten das - ich hoffe, ich verrate jetzt keine Staatsgeheimnisse hier, wenn ich meine Frage spezifiziere - die sogenannten Montagslisten sein?

Zeugin A. K.: Kann sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann sein, dass das die Informationen sind, die Sie vom BAMF bekommen haben, immer montags oder so?

Zeugin A. K.: Schließe ich nicht aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sind das für Antworten, Frau K.?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr von Notz, dann wären wir dran.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Frau Vorsitzende, jetzt mal ganz im Ernst. Das können wir so nicht durchgehen lassen. Das ist unmöglich. So kann eine Zeugenbefragung nicht ablaufen. Diese Antworten sind für den Papierkorb, und es tut mir auch leid, dass ich das jetzt so - - Die Zeugin ist ja vielleicht auch stark verunsichert und wurde hier schwer auf den Pott gesetzt, nachdem man netzpolitik.org gelesen hatte oder so. Ich weiß es nicht. Und jetzt kann man hier keine vernünftige Befragung durchführen. Das ist doch einfach unerträglich. Deswegen, Frau Vorsitzende, wirklich: Also, dann unterbrechen wir und sagen: Wir müssen andere Zeugen hören. - Aber das ist doch eine Farce, was sich hier abspielt.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Aber es gibt ja noch Fragen an die Zeugin, und insofern machen wir jetzt weiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Antworten.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Das mag sein. Die Antwort mag nicht immer befriedigend sein, aber letztendlich ist das nun mal erst ihre Antwort. - Die Union hat mir mitgeteilt, sie hätte im Moment keine Fragen im öffentlichen Teil. Dann geht es jetzt weiter bei Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Super. - Ich würde gerne noch mal zu dem Zeitpunkt zurückkommen, ab dem Sie Geodaten nur noch verfälscht an den DIA weitergegeben haben. Können Sie mir da das Jahr nennen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Frau Renner, das war nicht eine Verfälschung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein? Dann sagen Sie mir, wie der richtige Begriff ist. Den werde ich ab sofort verwenden.

Zeugin A. K.: Ist ja vorhin ausgeführt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Okay, wie soll ich es nennen? Mir geht es um den Zeitpunkt. Wie ich es nenne, ist mir gerade egal. Ab wann war das so? Ab wann sind die Daten geschönt, manipuliert, verfälscht, verfremdet, gefakt - mir ist es egal, wie das Wort heißt - weitergegeben worden? Das Jahr reicht mir.

Zeugin A. K.: Da kann ich Ihnen kein Jahr dazu nennen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir sind mittlerweile mit wenig zufrieden. Also, war es zum Anfang oder zum Ende Ihrer Dienstzeit? - Sie haben davon das letzte Mal berichtet. Es gab einen Moment, ab dem das so gelaufen ist. Wann war dieser Moment: zum Anfang oder zum Ende Ihrer Dienstzeit?

Zeugin A. K.: Weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Das kann ich mir nicht vorstellen, weil man muss ja seinen Mitarbeitern sagen: Ab sofort läuft es anders. - Wann war das denn?

Zeugin A. K.: Kann sein 2013.

Martina Renner (DIE LINKE): Super. - Und in welchem Zusammenhang war das? Da ist man morgens ins Büro gekommen, hat gesagt: „Ab heute Nachmittag betuppsen wir die Amerikaner“, oder was war der Anlass?

Zeugin A. K.: Kann ich Ihnen keinen Anlass dazu nennen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Artikel „Der Tod fällt vom Himmel“ im *Spiegel* 2012?

Zeugin A. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie andere Artikel, die sich mit dem Einsatz von Drohnen beschäftigen?

Zeugin A. K.: Aus den Medien, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie 2013 solche Artikel dienstlich zur Kenntnis genommen?

Zeugin A. K.: Das war ja schon Gegenstand im Rahmen der letzten Vernehmung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau, da will ich gerne auch noch mal hin. Wir machen ja hier weiter, wo wir das letzte Mal aufgehört haben. Diese Artikel haben Sie dienstlich zur Kenntnis genommen.

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat Ihnen einen Hinweis auf diese Artikel gegeben? Haben Sie die in der morgendlichen Presseschau gesehen und gesagt: „Interessant“, oder gab es eine Umlaufvorlage, die gesagt hat: „Wir bitten Ihr Referat, dazu, zu dem Artikel Stellung zu nehmen“?

Zeugin A. K.: Also, ich kann Ihnen dazu sagen, dass solche Presseartikel von der Pressestelle gelesen werden und in aller Regel die Pressestelle dann nachfragt, ob eine Hintergrundinformation dazu vorhanden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Zu welchen Artikeln aus Ihrer Erinnerung sind Sie aufgefordert worden Hintergrundinformationen zu geben? Sie haben ja auch zu den Kleinen Anfragen gearbeitet. Wir müssen ja nicht hier lange um den heißen Brei rumreden - ja? Was waren das für Artikel? Welche Themen wurden da behandelt, zu denen sie aufgefordert wurden, Hintergrundinformationen zu liefern?

Zeugin A. K.: Ja, das war ein Artikel, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, über einen Vorgang in Afrika.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): In Afrika. In Somalia?

Zeugin A. K.: Kann sein, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Um was ging es in diesem Artikel? Dass da eine Dürre ist, oder was war in Somalia los?

Zeugin A. K.: Da war eine Hypothese aufgestellt worden im Zusammenhang mit Drohnen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und daraufhin sind Sie zur Abgabe einer Erläuterung durch Ihr Tarnmittel angehalten worden.

Zeugin A. K.: Artikel lösen immer Nachfragen aus.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist gut. Und dieser Artikel und die Nachfragen waren dann Ursache dafür, dass man die Daten - Sie dürfen jetzt das Verb einsetzen: Pünktchen, Pünktchen, Pünktchen - hat?

Zeugin A. K.: Da sehe ich keinen Zusammenhang.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah. Kein Zusammenhang? Also, man ist einfach so auf die Idee gekommen, den Amerikanern ab sofort falsche Daten zu geben.

Zeugin A. K.: Ich sagte ja vorhin: Es sind keine falschen Daten gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben die sich mal daraufhin beschwert: „Früher haben wir die immer richtig bekommen, und jetzt sind die nicht mehr ganz so richtig“? Ich meine, da gibt es auch so eine Qualitätskontrolle bei denen.

Zeugin A. K.: Wüsste ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Die waren immer zufrieden mit dem, was geliefert wurde?

Zeugin A. K.: Ja, wie hätten sie denn darauf stoßen sollen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, indem sie zum Beispiel irgendwo ihre Hellfire irgendwie in den Sand schießen und sich wundern, warum sie irgendwie nicht ihr Ziel treffen.

Zeugin A. K.: Wie kommen Sie darauf, dass das so ein Vorgang war?

Martina Renner (DIE LINKE): Weil es einen zeitlichen Zusammenhang 2013 mit der Berichterstattung zu Drohneneinsätzen in Somalia gibt und dieser Maßgabe im Amt, dass man ab sofort die Daten nicht mehr korrekt weitergibt. Aus dem zeitlichen Zusammenhang könnte sich ein inhaltlicher Zusammenhang ergeben. Dem gehen wir gerade hier nach.

Zeugin A. K.: Könnte, muss aber nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Und deswegen sitzen Sie ja hier, um genau diese Frage mit uns irgendwie zu erörtern. Wie war es denn? Warum hat man das gemacht?

Zeugin A. K.: Ich sage ja: Solche Zeitungsartikel oder Medienberichte lösen aus, dass man hinterfragt, ob das zu verifizieren geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und: Ging es zu verifizieren?

Zeugin A. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und warum hat man dann die Daten verändert? Weil: Wenn es nicht zu verifizieren ging, dann hätte man die Daten ja schön weiterhin eins zu eins weitergeben können.

Zeugin A. K.: Meiner Erinnerung nach war das eine Vorsorgemaßnahme.

Martina Renner (DIE LINKE): Damit in Zukunft nichts passiert.

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil man sich Sorgen gemacht hat, dass die Daten zur Zielerfassung geeignet sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat sich denn die Sorgen gemacht? Sie?

Zeugin A. K.: Weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich die Sorgen gemacht?

Zeugin A. K.: Meiner Erinnerung nach gab es eine Weisungslage.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Weisungslage durch Ihren Abteilungsleiter.

Zeugin A. K.: Ja.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Haben wir die Akte? Ist mir
neu!)

RD Philipp Wolff (BK): Könnte ich prüfen, gehe ich aber nicht unbedingt davon aus, dass es untersuchungsgegenständlich ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Kooperation zwischen Five Eyes und BND.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Weiterleitung von
Daten! Das soll nicht - -)

Sie haben einen extra Punkt „Geheimer Krieg“, der sich nicht allein auf SIGINT bezieht, auch auf HUMINT. Das können Sie prüfen. - Danke.

RD Philipp Wolff (BK): Da geht es um die Drohneneinsätze, also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Reden wir die ganze Zeit drüber, seit ungefähr einer Viertelstunde oder auch den ganzen Tag, wenn Sie wollen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Den ganzen Tag!)

RD Philipp Wolff (BK): Ich könnte auch bei Bryant intervenieren, wenn Fragen kommen, die nicht untersuchungsgegenständlich sind meiner Meinung nach. Ich glaube aber nicht, dass mir das zusteht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber wir sind jetzt noch bei der Frage. „Es könnte ein Zusammenhang haben“, hilft mir nicht weiter. Hatte es einen Zusammenhang? Hatte die Berichterstattung zu Drohneneinsätzen in Somalia einen Zusammenhang mit der Weisung, in Zukunft die Daten - ich weiß immer noch nicht, wie das richtige Verb ist - weiterzugeben?

Zeugin A. K.: Aus meiner Sicht und Erinnerung nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie ist dann diese Weisung zustande gekommen? Hatte man Misstrauen plötzlich gegen den DIA?

Zeugin A. K.: Ja, eine Vorsorgemaßnahme kann doch in eine Weisung münden.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Und wer hat die ausgesprochen? Das haben wir jetzt auch noch nicht geklärt. - „Vorsorglich der BND“ gefällt mir sehr gut.

Zeugin A. K.: Ob das die Leitung war oder Abteilungsleitung, kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das schriftlich ausgesprochen worden?

Zeugin A. K.: Das war jedenfalls Weisungslage.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Mündlich oder schriftlich?

Zeugin A. K.: Weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie wird das üblicherweise gehandhabt: schriftlich oder mündlich?

Zeugin A. K.: Gibt es beides.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann wäre - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Eine Frage noch.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist diese Weisungslage auch dem DIA mitgeteilt worden? - Das wäre meine letzte Frage.

Zeugin A. K.: Kann ich mir nicht vorstellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich mir auch nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: So, dann wäre nach der normalen Runde die SPD-Fraktion dran.

Christian Flisek (SPD): Ich glaube, wir versuchen es auch noch mal.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ist doch gerade ganz gut gelaufen!)

- Ja, das hat mich ja motiviert. - Wir haben eine ganze Reihe von Akten, Frau K., wo Sie durchaus in verschiedenen Runden Ihre Arbeit präsentiert haben und vorgestellt haben. Hören Sie zu? - Ja? Ich will nur sichergehen. Nicht, dass Sie, wenn ich die Frage stelle, parallel mit ihrer Anwältin reden. Wenn Sie mit Ihrer Anwältin reden wollen, kann ich warten. Aber parallel funktioniert das nicht.

Zeugin A. K.: Kann ich die Frage bitte noch mal hören?

Christian Flisek (SPD): Ja, habe ich mir schon gedacht. - Wir haben in den Akten einige Unterlagen, wo Sie in verschiedenen Runden Ihre Arbeit präsentieren, wo Sie auf das letzte Jahr zurückblicken oder solche Geschichten, wo Sie eine Bilanz ziehen über Zeiträume. Mich würde einfach mal interessieren: Was haben Sie da eigentlich gesagt? Was haben Sie in diesen Runden über Ihre Arbeit, die Sie getan haben, die Ihr

Referat getan hat, mitgeteilt? Wie haben Sie Ihre Arbeit vorgestellt?

Zeugin A. K.: Nun, Statistiken.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das ein bisschen konkreter machen? Was genau waren diese Statistiken? Was hat man, worüber hat man berichtet?

Zeugin A. K.: Ich schlage vor, das in nicht öffentlicher zu behandeln.

Christian Flisek (SPD): Och, versuchen wir es mal, solange es geht, in öffentlicher. Und dann gucken wir mal, wenn wir den Punkt erwischen, wo wir sehen, dass wir abbiegen in die nicht öffentliche. Das tun wir sowieso. Aber solange - - Pauschal machen wir das jetzt mal nicht. Fangen Sie mal an. Erzählen Sie mal. Was haben Sie da so berichtet?

Zeugin A. K.: Über Anzahlen von Befragungen und über Ergebnisse.

Christian Flisek (SPD): Und wie hat man die Ergebnisse dargestellt?

Zeugin A. K.: Aufgeschlüsselt.

Christian Flisek (SPD): Nach welchen Kriterien?

Zeugin A. K.: Ja, nach Hauptsachgebieten.

Christian Flisek (SPD): Was heißt das?

Zeugin A. K.: Nach Interessenschwerpunkten.

Christian Flisek (SPD): Zum Beispiel? Können Sie das an einem Beispiel mal verdeutlichen?

Zeugin A. K.: Politik, Wirtschaft.

Christian Flisek (SPD): Fehlt mir jetzt die Vorstellung. Was sind Interessensgebiete Politik, Wirtschaft? Also, die Informationen, die Sie dann von der jeweiligen befragten Person bekommen haben, ob die dann eher dem Politikbereich oder der Wirtschaft zuzuordnen sind?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Korrekt.

Christian Flisek (SPD): Was, muss ich mir denn vorstellen, nur mal um ein Gefühl dafür zu bekommen, ist eine Information eines Asylbewerbers, die in den Bereich Wirtschaft zuzuordnen wäre?

Zeugin A. K.: Wie ich letztes Mal schon sagte, die Versorgungslage unter anderem.

Christian Flisek (SPD): In dem Herkunftsland?

Zeugin A. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. Also, das sind jetzt Beispiele: Politik und Wirtschaft. Was gab es noch?

Zeugin A. K.: Migration.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, Frau K., Sie sind hier jetzt, um einfach mal ein paar Dinge zu erzählen, die Sie wissen, aus eigener Anschauung, und Sie scheinen ja doch ein bisschen was zu wissen. Und ich muss ihn jedes einzelne Wort aus der Nase ziehen.

Es wäre sehr schön und sehr hilfreich gegenüber dem Deutschen Bundestag, dem deutschen Parlament, wenn Sie mal ein paar Dinge, die Sie wissen und die absolut nicht so brisant sind, dass wir Sie in eingestufter Sitzung erörtern müssen, mal am Stück erzählen würden, damit wir diesen Telegrammstil hier ein bisschen vielleicht anders gestalten können.

Also, was sind - noch mal - umfassend Dinge jetzt, die Ihnen einfallen? Was sind Kriterien, nach denen Sie da Bericht erstattet haben? Sie haben Statistiken erzählt. Sie haben gesagt, welche, wie viele Befragungen es gab und Kategorien. Erzählen Sie uns das mal ein bisschen zusammenhängend, bitte.

Zeugin A. K.: Ja, zu politischen Entwicklungen in Krisenländern zum Beispiel.

Christian Flisek (SPD): Was war das? Allgemeine politische Entwicklungen, oder sind das auch

Informationen gewesen, zum Beispiel personenbezogener Art?

Zeugin A. K.: Die Sachinformationen haben gezählt.

Christian Flisek (SPD): Die was?

Zeugin A. K.: Die Sachinformationen.

Christian Flisek (SPD): Ich kann mir halt nicht vorstellen, dass so eine Stelle wie Ihre nur den Sinn hat, im Prinzip denselben politischen Bericht zu liefern, den wir auch als Monats-, Quartals- und Jahresbericht von den Botschaften des Auswärtigen Amtes bekommen. Dann sind Sie überflüssig.

Zeugin A. K.: Na, zu Hintergrundinformationen.

Christian Flisek (SPD): Was ist beispielsweise eine Hintergrundinformation? Nehmen wir mal Afghanistan. Was ist in Afghanistan eine Hintergrundinformation?

Zeugin A. K.: Was steckt hinter einem Stimmungsumschwung in der Bevölkerung?

Christian Flisek (SPD): So, gut. Das sind so allgemeine Dinge jetzt. Haben Sie auch über konkrete - - Wurden da zum Beispiel auch konkrete Personen befragt? Ist man hergegangen und hat Namen gehabt, die man beispielsweise bekommen hat, von wem auch immer, und ist dann hergegangen und hat gesagt: „Kennen Sie den? Kennen Sie den? Kennen Sie den?“

Zeugin A. K.: Auch.

Christian Flisek (SPD): Auch. - So, und die Personen, die man dort eingeführt hat bei solchen Befragungen: Waren das jetzt allgemein Politiker, oder waren das eher Leute, die im Verdacht waren, beispielsweise terroristischen Netzwerken anzugehören? Gab es da eine klare Trennung, oder ging das durcheinander?

Zeugin A. K.: Ich habe in dem Bereich keine Terroraufklärung betrieben. Also, das würde man dort fälschlich suchen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Sie haben in dem Bereich keine Terroraufklärung betrieben.

Zeugin A. K.: Also, die Terroraufklärung wurde von der Abteilung TE betrieben.

Christian Flisek (SPD): Und Sie mit Ihrem Referat und Ihren Befragern haben in diesem Bereich, wollen Sie sagen, überhaupt nicht gefragt?

Zeugin A. K.: Ja, wenn die Person dazu auskunftsfähig schien, hat man dieses Aufkommen - -

Christian Flisek (SPD): Fruchtbar gemacht.

Zeugin A. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber nur dann, wenn die Person aktiv was von sich aus erzählte - oder was?

Zeugin A. K.: Richtig, weil wir nur rezeptiv befragt haben.

Christian Flisek (SPD): Sie haben rezeptiv befragt, okay.

Zeugin A. K.: Richtig.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das fühlt sich auch so an, finde ich!)

Christian Flisek (SPD): Ja, es hat eine gewisse Ähnlichkeit.

Zeugin A. K.: Rezeptives Befragen ist das Befragen von Informationen, die diese Person mitbringt und anbietet, wie auch immer.

Christian Flisek (SPD): Das eine Person anbietet.

Zeugin A. K.: Die bei einer Person vorhanden ist.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut, also ich kann auch Sie als Zeugin nur befragen im Hinblick auf das, was bei Ihnen vorhanden ist. Nur, manchmal ist das halt, wie Sie sehen, sehr schwierig. Es ist

klar, dass ich nur das fragen kann, was vorhanden ist.

Jetzt noch mal: Was ist jetzt genau rezeptiv? Das scheint ja ein fester Begriff zu sein. Erklären Sie mir mal die Methode des rezeptiven Befragens.

Zeugin A. K.: Rezeptiv unterscheidet sich von operativ.

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist eine gute Definition. Grün unterscheidet sich von Blau.

(Heiterkeit)

Bitte, was ist rezeptives Befragen?

Zeugin A. K.: Rezeptiv ist das Aufnehmen von Informationen ohne Auftragssteuerung.

Christian Flisek (SPD): Aufnehmen von Information ohne Auftragssteuerung. Das heißt, man hat kein klares Ziel vor der Befragung, oder - - Ich versuche, das jetzt in meine Worte zu übersetzen, damit ich das begreife.

Zeugin A. K.: Man lässt diese Person reden.

Christian Flisek (SPD): Okay. Es kommt zu einer Befragungssituation, und dann sitzt die Person da, und man sagt dann: Wollen Sie uns was sagen?

Zeugin A. K.: Ja, zum Beispiel.

Christian Flisek (SPD): Und wie motiviert man vielleicht dann so eine Person, die vielleicht interessant sein könnte, dass sie was sagt?

Zeugin A. K.: Nun, die kommt aus einer Region, bringt ein Wissen mit und möchte das vielleicht mitteilen.

Christian Flisek (SPD): Kann sein, dass das bei manchen Personen funktioniert; aber es gibt auch sehr viele, die dann zunächst einmal fragen: Für was wird das verwendet? Warum wollen Sie das jetzt? Warum soll ich Ihnen was erzählen? Ist das jetzt zum Beispiel eine Anhörung im Rahmen des Asylverfahrens? - Ich meine, die Leute - - Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

komme aus Passau, Frau K., und ich habe sehr viel Kontakt mit Flüchtlingen momentan, und ich sehe, wie einerseits traumatisiert die Leute sind, und ich sehe andererseits, wie verunsichert die Leute sind. Und das dauert, zumindest in den Gesprächen, die ich zum Teil führe, sehr, sehr lange, bis man da überhaupt irgendwo eine Bereitschaft hat, Informationen zu bekommen.

Zeugin A. K.: Eben, deswegen dauern die Befragungen ja auch unterschiedlich lange.

Christian Flisek (SPD): Warum erzählen Sie uns das denn nicht alles? Warum erzählen Sie uns denn mal nicht an einem Beispiel - - Ich meine, die ganzen Fragen liegen hier seit - weiß ich nicht, wie viele - Stunden auf dem Tisch; wir rechnen Ihnen rauf und runter, wie viele Befrager Sie haben und was die alle machen. Der Vorwurf steht im Raum, dass die Däumchen drehen. Erzählen Sie uns doch einfach mal, wie so was abläuft, wie lange das dauert - Sie verraten keine Staatsgeheimnisse, weil Sie nicht konkret werden -, damit wir mal ein Gefühl dafür kriegen.

Zeugin A. K.: Die Personen, die wir befragt haben, waren ja nicht in dem Prozess, in dem jetzt die Personen sind, die gerade die Grenzen überschreiten und zu uns kommen ins Land. Die waren ja schon in einer gefassteren Situation.

Christian Flisek (SPD): Ja. Das heißt, die waren schon mehrere Wochen oder Monate im Land, -

Zeugin A. K.: Korrekt.

Christian Flisek (SPD): - waren verteilt übers Land in den verschiedenen Unterbringungen, Unterkünften. Aber trotzdem: Wie ging das los? Wie kann so ein erster Kontakt zustande? Ich meine, da fährt doch nicht so ein Befrager dann in die Asylbewerberunterkunft nach weiß ich nicht wohin und klingelt da oder geht rein und sagt: Wo ist hier der Herr Soundso? Wo ist die Frau Soundso?

Zeugin A. K.: Das geht in die Methodik.

Christian Flisek (SPD): Ja. Immerhin sind wir ja schon mal gut dabei, dass wir jetzt wissen, dass rezeptiv befragt wurde.

(Die Zeugin berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, machen wir weiter.

Zeugin A. K.: Also, in Vorbereitung dieser Befragung wurde festgestellt, wo der Betreffende aufhältig ist, und es wurde festgestellt, ob der zu einem bestimmten Termin Zeit hat für die Befragung. Und dann hat man eben terminiert und hat sich darum gekümmert, dass im Bedarfsfalle auch jemand dabei ist, der die entsprechende Übersetzung vornehmen kann.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, der Befragte wusste, da kommt jemand?

Zeugin A. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und was hat man ihm bei der Terminierung gesagt? Wer kommt da, zu welchem Zweck?

Zeugin A. K.: Ja, der Vertreter der HBW zum Zwecke eines Informationsgespräches.

Christian Flisek (SPD): Jetzt gehe ich mal davon aus, dass die ganz große Mehrzahl der Flüchtlinge nicht weiß, was die HBW war. Was hat man denen gesagt, was wir sind?

Zeugin A. K.: Wie schon das letzte Mal gesagt, ist es eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes bzw. der Regierung, also im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes.

Christian Flisek (SPD): Das war sozusagen die Visitenkarte.

Zeugin A. K.: Wenn Sie so wollen.

Christian Flisek (SPD): Und gab es auch Ablehnungen?

Zeugin A. K.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Wie hoch war der Satz ungefähr? Sie haben ja da berichtet über Statistiken. Wie viel - -

Zeugin A. K.: Kann ich Ihnen im Einzelnen nicht sagen; aber wir haben die Befragungen dann abgebrochen.

Christian Flisek (SPD): Und das war regelmäßig so? Wenn der Befragte nicht mehr wollte, dann wurde die Befragung abgebrochen.

Zeugin A. K.: Absolut.

Christian Flisek (SPD): Und jetzt frage ich Sie auch noch mal: Wie haben Sie denn sichergestellt - - also jetzt noch mal - - Geschäftsbehörde im Bereich des Bundeskanzleramtes, das macht das Ganze ja irgendwie nicht einfacher für so einen Asylbewerber. Wie haben Sie sichergestellt, dass der Asylbewerber nicht den Eindruck haben konnte, dass das, was er jetzt hier sagt, irgendeinen Einfluss auf die Erfolgsaussichten seiner Anerkennung hat?

Zeugin A. K.: Indem auf die Freiwilligkeit hingewiesen worden ist, die Freiwilligkeit der Angaben.

Christian Flisek (SPD): Warum - - Ich frage Sie jetzt wirklich mal auch: Glauben Sie, dass das ausreicht? - Also, jetzt versuchen Sie mal einen Perspektivenwechsel: Sie sind ein Flüchtling, bitten in einem Land um Asyl, da kriegen Sie plötzlich, auch wenn Sie jetzt nicht unmittelbar die Grenze passiert haben, sondern vielleicht schon ein paar Monate im Land sind oder ein paar Wochen im Land sind, einen Termin, und da kommt jemand, der stellt sich vor: Ich komme von einer Stelle, von einer Behörde im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes. Und ich stelle Ihnen jetzt, wenn Sie wollen, in einem Gespräch rezeptiv ein paar Fragen. Aber das ist alles freiwillig. Sie müssen nichts sagen.

Ich frage Sie jetzt mal: Meinen Sie, ob das ausreicht, um tatsächlich den Eindruck -

Zeugin A. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - zu erzielen - - Ja?

Zeugin A. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich habe meine Zweifel.

Zeugin A. K.: Das Auftreten unter Legende war die Weisungslage und die Arbeitsweise.

Christian Flisek (SPD): Ich frage mal andersrum. Warum ist man nicht hergegangen und hat gesagt: „Wir arbeiten für den deutschen Geheimdienst, für den Bundesnachrichtendienst. Das ist der Auslandsgeheimdienst der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben ein Interesse, zu erfahren: Wie ist die Situation in Ihrem Land? Das müssen Sie doch verstehen. Und wir würden gerne ein paar Fragen stellen. Sie müssen aber nicht“? Warum hat man nicht die Karten auf den Tisch gelegt? Also, das wäre doch klarer, als zu sagen: Wir sind im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes.

Zeugin A. K.: Um die Person zu schützen.

Christian Flisek (SPD): Um die Person zu schützen.

Zeugin A. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das ist ein schwerwichtiges Argument, müssen Sie mir aber erklären.

Zeugin A. K.: Die Person kommt vielleicht aus einem Land, wo, wenn bekannt ist, dass sie mit dem BND zusammenarbeiten würde, sie Furcht haben müsste oder nicht zurückkehren könnte in das Herkunftsland.

Christian Flisek (SPD): Und dieses Wissen, dass die Person mit einem Mitarbeiter des BND dann eventuell Fragen beantwortet, wollte man ihr nicht zumuten?

Zeugin A. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt unterstelle ich mal, dass jeder andere Geheimdienst, der auf Zack ist,



Nur zur dienstlichen Verwendung

weiß, dass es diese Hauptstelle für Befragungswesen in Deutschland gab. Unterstelle ich jetzt mal.

Wissen Sie, mir geht es zunächst einmal um das Verhältnis zu dem jeweiligen Flüchtling, zu dem Asylbewerber. Also wenn ich da jetzt sitzen würde, da sagt jemand zu mir in Übersetzung - das wird mir dann übersetzt -, da kommt jemand im Geschäftsbereich - - Das ist ganz was anderes, als wenn ich sage: Das sind Leute vom Geheimdienst, vom Auslandsgeheimdienst, die sammeln Informationen über mein Herkunftsland. Bin ich bereit, da was beizutragen, ja oder nein?

Zeugin A. K.: Ja, aber ich habe mich ja an die Weisungslage zu halten.

Christian Flisek (SPD): Das ist richtig. Und Ihnen wurde die Weisung erteilt, dass Sie so aufzutreten haben.

Zeugin A. K.: Korrekt.

Christian Flisek (SPD): Von wem haben Sie denn diese Weisung bekommen?

Zeugin A. K.: Die lag bereits vor, als ich das Referat übernommen habe.

Christian Flisek (SPD): War das eine mündliche Weisung, schriftliche Weisung?

Zeugin A. K.: Das ist weit vor meiner Zeit.

Christian Flisek (SPD): Na ja, als Sie da ankamen, woher wussten Sie denn, dass das eine Weisung ist?

Zeugin A. K.: Das wusste man.

Christian Flisek (SPD): Weil der Laden einfach so weiter lief, wie der andere das hinterlassen hat.

Zeugin A. K.: Weil eine Übergabe stattfand und dann - -

Christian Flisek (SPD): Ja. Da hat sich auch nie was dran geändert? Hat man dann niemals im

Verlauf der Befragungen auch irgendwelchen Kandidaten gesagt: So, jetzt haben wir zwar am Anfang gesagt, wir sind hier im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes unterwegs - -

Zeugin A. K.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ich war noch gar nicht fertig. Aber Sie wissen schon - nein -, worauf das hinausläuft. Man hat nie gesagt: „Wir sind irgendwann mal hier wirklich vom Geheimdienst, vom Nachrichtendienst“?

Zeugin A. K.: Ich sagte bereits, ich war bei den Befragungen nicht dabei, aber - -

Christian Flisek (SPD): Da bleiben Sie im Übrigen auch dabei?

Zeugin A. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sie waren bei keiner einzigen Befragung dabei?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit.

Zeugin A. K.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und man hat nie dann irgendwann mal gesagt: „Wir sind vom Nachrichtendienst“, später, irgendwann, im Laufe bei besonders interessanten, informationsmäßig ergiebigen Befragten?

Zeugin A. K.: Die Befragter - davon gehe ich aus - haben diese Weisungslage befolgt.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, danke schön. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau K., ich knüpfe da direkt an. Ich bin bisher immer davon ausgegangen, dass bei Ihnen auch teilweise Informanten angeworben wurden. Ist das so?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Bei Interesse aus dem Geschäftsbereich 2 kann das vorgekommen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denen hat man dann auch nicht gesagt, wer man ist.

Zeugin A. K.: Wem? Dem Geschäftsbereich 2?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie haben doch eben gesagt, dass man nie offenbart hat, dass man zum BND gehört.

Zeugin A. K.: Ja. Die Befrager haben das nicht getan, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn die Befrager gesagt haben: „Das ist ein super Typ, den müsste man mal langfristiger anwerben“, dann ist das an eine andere Abteilung gegangen?

Zeugin A. K.: Kann sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin A. K.: Kann sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage Ihnen, ich höre mir die Antwort „Kann sein“ nicht noch einmal an, Frau K. - ja? Und das meine ich ernst. Ist das so gewesen? Ja oder nein?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin A. K.: Also, der Geschäftsbereich 2 hat dann entschieden, wie damit weiter zu verfahren ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie über diese Entscheidung in Kenntnis gesetzt worden? Dem Laien drängt sich auf, dass da irgendeine Akte weitergegeben werden müsste oder so.

Zeugin A. K.: Davon gehe ich aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt, davon gehen Sie aus? Ja oder nein, Frau K.?

Zeugin A. K.: Wenn der Vorgang abgegeben worden ist, ist er mit der Akte abgegeben worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich.

Zeugin A. K.: Und der andere Bereich hat dann darüber befunden, wie weiter damit zu verfahren ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die konnten einfach Akten von Ihnen ziehen, egal was sie damit machen? Also, die mussten nicht sagen: „Den Typen wollen wir anwerben“, oder so, sondern die haben einfach gesagt: „Schickt uns die Akten von den und den Leuten“, und dann haben Sie die rübergeschickt. Und was die damit entschieden haben, das geht Sie nichts an.

Zeugin A. K.: Das Interesse musste ja artikuliert sein. Das Interesse an dieser Person muss ja artikuliert sein oder an bestimmten Personen. Was heißt: an einer Person? An bestimmten Personen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und der Geschäftsbereich 2 hat solche Interessen artikuliert.

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie oft denn so?

Zeugin A. K.: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Antwort akzeptiere ich nicht. Sie können sagen, Sie können sich daran nicht mehr erinnern.

Zeugin A. K.: Dann erinnere ich mich nicht mehr daran.

(Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist natürlich auch megaabsurd. Also, ich bräuchte jetzt keine Zahl. Sie müssten mir nicht sagen, 362 im Monat oder so, sondern mir geht es darum: Sind das 10 Fälle im Jahr? Sind das 1 000 Fälle im Jahr? Sind das 12 000 Fälle im Jahr? Das müssten - -

Zeugin A. K.: Das sind keine 1 000 Fälle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ein paar Hundert?

Zeugin A. K.: Nein, aber die Zahlenkategorien kann ich Ihnen im Einzelnen nicht nennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter 1 000, aber über 100?

Zeugin A. K.: Das habe ich nicht mehr in Erinnerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und diese Informationen und Personen, die Sie da abgeben an den Geschäftsbereich 2, was waren das für Fälle? Mit welcher Begründung haben denn die Aktenübersendung erbeten? Haben die gesagt: „Das wäre ein interessanter Informant für uns dauerhaft“? Als Beispiel.

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was gab es denn noch für Gründe?

Zeugin A. K.: Sonst weiß ich keine mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das der einzige Grund, den es gab für den Geschäftsbereich 2, bei Ihrem Referat um Informanten anzuwerben, oder hätten die auch sagen können: „Das ist ein Terrorverdächtiger, von dem wollen wir gern mal die Akten lesen“, oder: „Der kommt aus Syrien oder aus der Region in Syrien, von dem wollen wir gern mal die Akten lesen“? Oder was gab es noch für Gründe?

Zeugin A. K.: Diese Gründe sind vorstellbar.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau K., ich mache jetzt ernst. Ich möchte auf meine Frage eine vernünftige Antwort haben, oder ich beantrage ein Ordnungsgeld gegen Sie. Und deswegen bitte ich um Beantwortung meiner Frage. Was für Gründe gab es neben der Informantenwerbung noch, um von Ihrem Referat an den Geschäftsbereich 2 Akten weiterzugeben?

Zeugin A. K.: Ich weiß es nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage mal den Vorsitzenden dieses Untersuchungsausschusses, ob er das für eine glaubwürdige Aussage hält, und wenn das so ist, ob er findet, dass man mit der Zeugin so weitermachen soll, oder wie man sich das hier vorstellt. Ich finde es absurd.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, es ist jetzt nicht meine Gefühlswelt gefragt, sondern meine rechtliche Beurteilung, wenn ich das richtig verstehe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bitte den Vorsitzenden um Lösung dieses Problems. Das ist doch irgendwie absurd. Das ist eine völlig normale Frage. Ich hätte Verständnis dafür, zu sagen: „Diese Frage beantworte ich im nicht öffentlichen Teil“; aber zu sagen: „Ich erinnere es nicht mehr“, ist absurd.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeugin muss wahrheitsgemäß antworten, das ist klar. Wenn sie sich an Sachen tatsächlich nicht erinnert, dann muss sie das auch sagen. Die Frage ist, die ich nicht beantworten kann: Erinnert sie sich nicht, oder ist das nur eine Schutzbehauptung? Das weiß ich nicht, und da ja noch Fragezeit da ist, kann man das vielleicht noch herausarbeiten.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja, machen wir! Versprochen!)

Es sind auch noch zwei Minuten bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, wir haben ja auch noch drei Stunden. - Also, welche anderen Gründe zur Weiterleitung an den Geschäftsbereich 2 könnte es denn noch geben? Terrorverdacht, wäre das ein vorstellbarer Grund gewesen? Hilft das Ihrer Erinnerung?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin A. K.: Also, wenn das Referat des Geschäftsbereichs 2 herangetreten ist, war ja kraft der Organisationsbezeichnung klar, was für ein Auftragsinteresse dieses Referat hätte, und entsprechend wäre das ein Interesse gewesen, das eingeflossen wäre in das Interesse an der Person oder an einem Vorgang.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen „hätte“, konjunktivisch. „Hat“ meinen Sie.

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der Geschäftsbereich 2? Welche Felder sind das denn?

Zeugin A. K.: Das ist regionale und thematische Beschaffung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Informationen.

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu welchen Themen?

Zeugin A. K.: Zu internationalem Terrorismus, zu Rauschgift, zu Migration, zu Regionen wie der Nahe, Mittlere Osten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, also die mussten das nicht gegenüber Ihnen irgendwie begründen, sondern die haben gesagt: „Gib uns die Akte von XY“, und wenn Sie gefragt haben: „Warum denn?“, dann haben sie gesagt: Guck mal auf unser Aufgabenschild hier,

das wird schon damit irgendwas zu tun haben. - Oder mussten die sagen: „Da geht es um Drogen, die Akte hätten wir gern“?

Zeugin A. K.: Ja, man stand ja im Austausch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben. - Also, was heißt das? Die haben das gesagt, worum es ging?

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also. Das geht doch. So, und jetzt ging es zum Beispiel um Terrorismus.

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um Drogen.

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um Proliferation.

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Worum noch?

Zeugin A. K.: Ja, um alles, was abgebildet ist in den Referaten des Geschäftsbereichs 2.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also die ganze Bandbreite haben die abgefragt. - So, jetzt wie viele Fälle pro Jahr waren das so ungefähr? Wie viele Akten hat man da weitergereicht pro Woche?

Zeugin A. K.: Ich schätze, das waren im Jahr höchstens bei zehn Fällen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zehn Fälle.

Zeugin A. K.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also von Ihnen gingen zehn Akten über spezifische Personen an den Geschäftsbereich 2.

Zeugin A. K.: Das schätze ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, okay. - Und sind von Ihrem Referat Akten, Informationen, Daten an andere als den Geschäftsbereich 2 weitergeleitet worden? Und damit meine ich jetzt nicht die komplette Akte, sondern einfach Daten, die Sie erhoben haben. Ich will die Frage spezifizieren: Vorstellbar ist ja, dass innerhalb des BND allen bewusst ist, was für ein schönes Tarnmittel man da hat, und dass da viele Leute sozusagen - - dass man da Zugriff auf viele Informationen hat und dass eben auch aus anderen Bereichen, nicht nur vom Geschäftsbereich 2, sondern aus anderen Bereichen Informationen abgefragt werden, vielleicht bestimmte Anforderungsprofile, Namen, Regionen, bestimmte Konstellationen irgendwie vorgegeben werden und gesagt wird: „Habt ihr da Leute? Dazu hätten wir gern Infos.“ Und dann spricht Ihr Sicherheitsmensch aus Ihrem Referat mit dem Sicherheitsmenschen aus dem BAMF und fischt da neue Leute ab, und dann befragen Sie die, und dann erstellen Sie schöne neue Informationen, und die geben Sie einfach weiter, behalten vielleicht die Akte, aber eben so einen Bogen, ein paar Infos, die man auf so ein Ausfüllblatt schreibt oder so. Mit wem hat man da noch kooperiert?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach müssten wir dann wechseln.

Zeugin A. K.: Im Rahmen der Ämterkontakte mit anderen Sicherheitsbehörden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit anderen Sicherheitsbehörden. BfV?

Zeugin A. K.: Grundsätzlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und ganz kurz noch letzte Frage: Also andere Nachrichtendienste, Inlandsgeheimdienst, auch interessant. Und auch ausländische Nachrichtendienste?

Zeugin A. K.: Ja, wie Sie wissen, haben wir ja kooperiert mit den anderen Ländern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, genau. Also hat die die DIA auch gesagt: „Von den und den Leuten hätten wir gern ein paar Informationen“, und konnten die das steuern, was die beim BAMF sozusagen für Interessen anmelden?

Zeugin A. K.: Die hatten den Kontakt zu uns und wir den zum BAMF.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es gelaufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank.

RA Dr. Stefanie Schork: Herr Vorsitzender, die Zeugin hat mich schon vor der Befragung von Herrn Dr. Notz um eine kurze Pause gebeten. Vielleicht können Sie jetzt mal eintreten lassen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Fünf Minuten. Ist das okay? - Machen wir fünf Minuten Pause.

(Unterbrechung von
20.58 bis 21.06 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, wir kommen zu den Fragen der Union, und ich beginne auch direkt. - Frau K., wenn ich das richtig sehe: Sie waren doch von 2008 bis 2014 Referatsleiterin in dem entsprechenden Referat - richtig?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sind ja sechs Jahre. Da muss man ja einen gewissen Einblick in die Dinge gekriegt haben. Und 2014 ist ja jetzt auch nicht so lange her - richtig? Also von daher - -

Zeugin A. K.: Ja, es war ja etwas länger schon, dass wir praktisch - - Die Tätigkeit als solche haben wir ja praktisch 2013 mit dieser Eröffnung im Parlament eingedampft und aufgehört. Das ist ja zum - - Das ist ja dann beendet worden. Also,



Nur zur dienstlichen Verwendung

man kann jetzt nicht das Jahr 2014 zum Maßstab nehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, aber Sie waren bis zum 31.12.2014 Referatsleiterin - richtig?

Zeugin A. K.: Das ist korrekt. Zum 01.07. war das Referat aufgelöst. Es musste aber ja noch abgewickelt werden, und deswegen hat es organisatorisch noch bis zum Ende des Jahres 2014 Bestand gehabt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Die letzte Befragung wurde durch Ihr Referat wann gemacht?

Zeugin A. K.: Zu Anfang des Jahres 2014.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also nicht 2013, sondern Anfang 2014?

Zeugin A. K.: Ja, die letzten, also die angefangenen - - Ich habe einen Fürsorgegedanken gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gehabt, dass die noch ein bisschen was zu tun hatten zum Schluss. Und die angefangenen Befragungen durften die zu Ende machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Man könnte jetzt natürlich sagen - - Sie hatten es zwar letztes Mal gesagt, aber ich frage noch mal: Das Referat wurde aus welchem Grund aufgelöst?

Zeugin A. K.: Es haben sich ja gewisse organisatorische Veränderungen über die Jahre ergeben. Man hat festgestellt, dass der Flüchtlingszustrom zum Beispiel immer geringer geworden ist, das Informationsaufkommen nicht mehr den Erwartungen entsprach, und daraufhin hat man ja reduziert. Man hat Außenstellen geschlossen, man hat den Personalbestand zurückgeführt, und man hat letzten Endes darauf reagiert, indem man das Referat insgesamt abgewickelt hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und im Laufe des Jahres 2014, aufgrund der Situation in Syrien beispielsweise, war nicht abzusehen, dass man Ihr Referat wahrscheinlich in Zukunft doch noch hätte gebrauchen können?

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das, was dann so in den Zeitungen stand, wurde damals im Amt nicht so wahrgenommen?

Zeugin A. K.: Das wurde bei uns überschattet durch die Bemühungen um die Abwicklung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Wenn man mit einer Sache beschäftigt ist, dann - - Klar. Aber nichtsdestotrotz ist ja Anfang 2014 jetzt noch nicht so ganz lange her; von daher hoffe ich einfach - deswegen hatte ich das gefragt -, dass Sie sich an das eine oder andere dann doch erinnern können.

Sie hatten gesagt auf die Fragen von Frau Kollegin Warken eben, Ihre Mitarbeiter haben bei den Befragungen gesagt, auf die Nachfrage, was denn die HBW ist: Das ist eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes. - Haben die nicht gesagt: „Wir kommen vom Asylamt“?

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Woher wissen Sie das?

Zeugin A. K.: Das war nicht die Weisungslage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie wissen es nicht, weil Sie nie dabei waren.

Zeugin A. K.: Ich kann es nicht ausschließen; aber die Weisungslage war eine andere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was hilft es einem, der irgendwann wieder nach Hause geht, wenn man sagt, man ist von einer Behörde befragt worden, die im Geschäftsbereich des Kanzleramtes ist? Was kann das für eine Behörde sein? Wie viele haben wir denn da im Geschäftsbereich des Kanzleramtes? Müssen Sie jetzt nicht wissen, aber ich - - Kennt einer eine außer den BND, die das Kanzleramt als Dienst- und Fachaufsicht hat?

Also, ich frage mich, ob das jetzt so eine besondere Hilfe ist, weil Sie sagten ja eben, das hilft



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Personen, wenn sie denn dann mal zurückgehen, dass nicht sofort gesagt wird: Ihr habt dem BND was gesteckt. - Dann gehen die und sagen: „Wir haben zwar mit einer Behörde im Geschäftsbereich des Kanzleramtes geredet“, und leben dann in ihrem Heimatland völlig sicher. Ist das klug?

Zeugin A. K.: Das war die Hoffnung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Scheint das für Sie jetzt in der Rückschau klug gewesen zu sein?

Zeugin A. K.: Das war die Weisungslage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, habe ich gehört. Scheint das in der Rückschau für Sie eine kluge Weisungslage gewesen zu sein?

Zeugin A. K.: Das kann ich nicht beurteilen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum nicht?

Zeugin A. K.: Weil diese Entscheidung von oben kommen muss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, das weiß ich ja. Ich frage ja nach Ihrem Erfahrungsschatz. Wie würden Sie es jetzt als sachkundige Person in dem Fall beurteilen?

Zeugin A. K.: Dazu fehlen mir die Erfahrungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erfahrungen worin? Im Beurteilen von Sachverhalten?

Zeugin A. K.: Nein, aber im Umgang mit genau dieser Frage: War das klug, oder war das nicht klug?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann frage ich mal anders oder was anderes: Sie hatten ausgesagt, mehrmals, dass Ihre Mitarbeiter dann, wenn jemand sehr viele Informationen geben konnte, öfters diejenigen Personen befragt haben und deswegen ja auch bei wenig Befragung, aber doch sehr zeitintensiv die Mitarbeiter beschäftigt waren - richtig?

Zeugin A. K.: Ja, das konnte sein. Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Könnte sein oder war?

Zeugin A. K.: Das konnte vorkommen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, es ist gerade etwas laut. Es konnte vorkommen. Okay. - Und in den Fällen, wo dann der Informationsfluss da war, wie gezielt wurde von außen, entweder BND-seitig oder AND-seitig, gesteuert, welche Fragen gestellt wurden? Kriegten Sie E-Mails mit Fragenkatalogen?

Zeugin A. K.: Es fand ein Feedback zum Geschäftsbereich 2, dort zu den auswertenden Bereichen statt, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dieses Feedback sah auch so aus, dass sie per E-Mail Fragenkatalogen bekamen, Ihre im Einsatz befindlichen Mitarbeiter?

Zeugin A. K.: Fragen. Fragenkataloge? - Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Dann sind wir aber einer Meinung. Das meine ich, Fragen, also natürlich nicht einen Katalog, und da waren schöne Sachen drin vorgeführt. Also, Sie haben Fragen gekriegt. Haben Sie mal solche Fragen gesehen?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie mir Beispiele für solche Fragen bringen, die sich nicht auf den Brotpreis oder Sonstiges beziehen?

Zeugin A. K.: Wie ist die Stimmungslage in der Bevölkerung in der und der Krisenregion?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das waren Fragen, die keine Standardfragen waren, sondern die dann, wenn ein Zeuge besonders ergiebig war - ein „Zeuge“, Entschuldigung, freudlicher Fehler -, wenn eine Person besonders in seinen Aussagen ergiebig war, die dann zurückkamen? Das hätte ich jetzt als Standardfrage eigentlich so eingestuft.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Nein, als zum Beispiel Eingangsfrage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte was?

Zeugin A. K.: Als Eingangsfrage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja, Entschuldigung, dann habe ich mich vielleicht falsch ausgedrückt. Bei den Zeugen, die als besonders informativ bewertet wurden, zu denen Sie öfters gingen, gab es da Fragen, die Ihnen vom BND noch mal besonders für diese so ergiebige Person mitgeteilt worden sind oder vom AND im Sinne von: „Frag doch mal nach seinem Herkunftsort. Frag doch mal, ob da gepanzerte Kräfte in dem Ort waren bis zu einem bestimmten Datum“?

Zeugin A. K.: Vom BND, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und das war jetzt nicht nur die allgemeine Lage von Gesundheit, Versorgung. Das waren gezielte Fragen - richtig?

Zeugin A. K.: Ja, im Aufklärungsspektrum. Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was für Fragen waren das beispielsweise? Über die beiden Beispiele, die ich jetzt gerade spontan gebildet habe. - Waren das Handynummern, die extra speziell nachgefragt worden sind?

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Waren das Aufenthaltsorte von bestimmten Personen?

Zeugin A. K.: Die gehörten dazu, aber es war nicht das Hauptinteresse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn in so einer E-Mail - „Fragen Sie doch mal bitte nach dieser oder jener Person“ - so etwas gewesen ist, dann scheint mir das doch ein besonderes Interesse zu sein. Sonst hätte man doch nicht in

einer E-Mail gesagt, dass Ihre Mitarbeiter insbesondere danach fragen sollen - oder nicht?

Zeugin A. K.: Doch, da war ein Interesse dann dabei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie hatten - - Vielleicht habe ich es falsch gehört. Okay. - An welche Namen erinnern Sie sich denn, nach denen besonders gefragt worden ist?

Zeugin A. K.: Das kann ich Ihnen im Einzelnen nicht mehr sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keinen einzigen in der ganzen Zeit?

Zeugin A. K.: Ja, zu politischen Persönlichkeiten zum Beispiel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnten Sie mir einen nennen mal? Also damit ich grob weiß - - „Sind Sie Assad begegnet?“ Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeugin A. K.: Nein. „Wie schätzen Sie den Politiker XY ein?“

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und das wurde dann - - Nachdem ein Informant besonders ergiebig war und man wusste, wo lebt er, da wurde er dann gefragt: Wie schätzen Sie den Politiker XY ein? In dem Land, wo er herkam? Oder was für Politiker waren das?

(Christian Flisek (SPD): Wo er hinwollte! Wie finden Sie Frau Merkel?)

Zeugin A. K.: In seinem Herkunftsland.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Welche Erkenntnis bringt das, wenn der jetzt sagt: „Den finden wir alle nicht gut“? Was war da das Ziel, das Erkenntnisziel?

Zeugin A. K.: Ja, sich ein Bild zur Persönlichkeit zu machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Zur Ausstrahlungswirkung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin A. K.: Zur Tendenz, politische Tendenz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin A. K.: Anklang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte was?

Zeugin A. K.: Zum Anklang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie er so ankommt, heißt das - nicht? Ja, wie er so ankommt. - Auch vielleicht, ob man ihn mal getroffen hat oder mal irgendwo gesehen hat bei einer öffentlichen Veranstaltung, bei einer Demonstration?

(Christian Flisek (SPD): Ob er die Handynummer hat!)

Zeugin A. K.: Ja, wie gesagt, bei einer rezeptiven Befragung kommt es darauf an: Wie viel Wissen bringt die Person mit? - Und daran hängt sich eben das Gespräch lang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Und wir sind ja gerade in der Situation, dass wir einen sehr aussagefreudigen Informanten haben, wo wir nachfragen, wo Sie sogar vom BND Fragen geschickt gekriegt haben, weil der Zeuge so informativ ist. In der Situation befinden wir uns. Und gab es da mal Nachfragen nach Politikern, wo sie sich aufhalten, wo sie gesehen worden sind?

Zeugin A. K.: Das gehört mit zum Spektrum.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn der BND diese Fragen Ihnen schickt, per E-Mail, wo schickt er die denn hin, an welchen Account?

Zeugin A. K.: Auftragssteuerung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei wem ist der Account auftragssteuerung@bnd.bund.de?

Zeugin A. K.: Das gibt es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, dann helfen Sie mir, dass ich nicht immer so dumm fragen muss.

Zeugin A. K.: Nein, das ist - - Ich sagte, aus dem Geschäftsbereich 2 findet eine Interessensbekundung statt, die in dem Tool Auftragssteuerung aufgenommen wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber wie sieht das ganz konkret aus? Schicken die Ihnen eine Mail? Schicken die einem Ihrer Teams eine Mail? Wie muss ich mir das vorstellen, dieses Bekunden? Oder gibt es da eine Datenbank, wo ein Flag gesetzt wird? Es ist doch eine Mail, oder nicht? Ich muss mir das irgendwie vorstellen können. Sie lassen mich sehr im Dunkeln tapsen, und dann dauert das halt ewig. Ich komme gar nicht zu meiner Frage, die ich eigentlich stellen will.

Zeugin A. K.: Nein, das läuft auf in einem - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zentralaccount wahrscheinlich - nicht?

Zeugin A. K.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Zentralaccount, und dann wird es verteilt - oder nicht? Bei Ihnen.

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum sagen Sie es dann nicht direkt, wenn es so ist?

Zeugin A. K.: Das ist doch der Zentralaccount.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie heißt denn der Zentralaccount?

Zeugin A. K.: Diese Auftragssteuerungskomponente ist der zentrale Anlaufpunkt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Da kommt die Mail rein. Und da sitzt ein Sachbearbeiter, und der verteilt dann an die zuständigen Teams - oder wie?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja? Wirklich ja?

Zeugin A. K.: Ja, in Rücksprache mit mir. Das ist klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also sehen Sie die Mails auch?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das klingt - - Ich will Sie nicht in irgendwas reinreiten. Ich weiß manchmal nicht, ob Sie das mir zuliebe sagen, oder ob es wirklich so ist. Also ich will Ihnen nichts Böses.

(Christian Flisek (SPD): Wir auch nicht!)

Verstehen Sie, es fällt mir - - Ja, Sie sehen die Mails auch?

Zeugin A. K.: Ich konnte diese Mails auch anschauen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das ist ja wichtig, wenn ich Sie frage, was in den Mails drinsteht. Weil ich hatte Sie ja eben gefragt: Was steht in den Fragen, die der BND schickt, drin? - Wenn Sie die Mails auch lesen, dann müssen Sie das ja wissen. Wenn Sie über mehrere Jahre diesen Austausch erlebt haben, dann müssten Sie mir doch halbwegs sagen können, was für Fragen da drinstehen und wie das mit Personen aussieht, nicht nur, was für ein Anklang die haben. Sondern gab es da nicht auch mal Fragen, ganz konkret: Wo halten die sich auf? Haben die konspirative Wohnungen da, Häuser? Reisen die mit Gefährten? Mit was für Autos? Hat es solche Fragen nie vom BND gegeben bezüglich bestimmter Personen?

Zeugin A. K.: Also ich erinnere mich an Fragen nach Schleuserrouen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm.

Zeugin A. K.: Und in dem Zusammenhang eben - - Ja, Spezialinformationen, Detailinformationen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was sind so Spezialinformationen?

Zeugin A. K.: Ja, wo die Route langging.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das ist doch schon mal was. Das kann ich doch nachvollziehen. - Wie sie Kontakt mit dem Schleuser aufgenommen haben auch?

Zeugin A. K.: Auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Ganze würde es leichter machen, wenn Sie mal so ein bisschen erzählen würden. - Okay, was kam dann so in der Regel als Antwort? Wie haben die den Kontakt mit dem Schleuser aufgenommen?

Zeugin A. K.: Habe ich im Einzelnen nicht im Kopf; aber ich gehe davon aus, dass ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie? Das Ja ist klar, sonst wären sie wahrscheinlich nicht von dem Schleuser geschleust worden. Aber wie nimmt man denn - - Was haben die mal geantwortet? Wie nimmt man Kontakt mit einem Schleuser auf?

Zeugin A. K.: Das erinnere ich im Detail nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann das sein per Telefon?

Zeugin A. K.: Kann sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat man dann mal gefragt: Wie ist denn so eine Telefonnummer von dem Schleuser, und wie heißt der? - Keine Ahnung?

Zeugin A. K.: Kann ich nicht mehr sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, mich wundert halt nur, dass viel Kommunikation da ja gelaufen ist, weil es doch einige Personen gab, die Informationen preisgegeben haben, und ich bei vielen Sachverhalten, die ich mir vorstellen kann, zu einem Punkt komme, dass ich Namen und Kontaktdaten wissen wollen würde. Und irgendwie gerade diese Informationen, sagen Sie, da wissen Sie gar nichts von. Das wären für mich Kerninformationen in dieser ganzen Angelegenheit - oder nicht? Also ich finde - - Ich will jetzt gar nicht wissen, ob da irgendwas richtig oder falsch gelaufen ist. Wenn das der BND nicht fragt, frage ich, -

Zeugin A. K.: Ich weiß es nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - was macht er denn dann?

Zeugin A. K.: Ich weiß es nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine, dann kann ich verstehen, dass das Referat geschlossen worden ist. Das wäre das Einzige, was ich erst mal wissen wollte: Wer sind die Leute? Wo sind die? Wie kann man die kontaktieren? Wie finde ich die? - Ich will doch nicht wissen, für wie viel Geld die das Brot kaufen und ob sie gut ankommen. Also ich verstehe es einfach nicht. Vielleicht gebe ich erst mal weiter, und ich kann da gleich noch mal fragen. Vielleicht ordne ich es erst mal bei mir.

(Christian Flisek (SPD):
Nein, wir machen jetzt
Schluss!)

Also ich habe keine Frage - im Moment. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage, und zwar bleibe ich bei dem Thema, wo ich vorhin aufgehört habe, nämlich: Was war der Grund dafür, dass man irgendwann die Daten verkürzt weitergegeben hat?

Ich würde Ihnen gerne vorhalten einen Artikel aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 20. November 2013. Der lautet: „Deutsche Behörde horcht

Asylbewerber aus“. - Und ich muss Ihnen den ersten Absatz vorlesen:

Beim Einsatz von Kampf-Drohnen greifen US-Geheimdienste auch auf Informationen zurück, die von Asylbewerbern in Deutschland stammen. Nach Angaben eines früheren hochrangigen Pentagon-Mitarbeiters fließen solche Erkenntnisse in das „Zielerfassungssystem“ der US-Dienste ein. Selbst scheinbar banale Informationen könnten manchmal reichen, „ein Ziel zu bestätigen - und vielleicht auch dafür, einen Tötungsbefehl auszulösen“. Deutsche Behörden würden angeblich die USA systematisch mit Hinweisen versorgen, die von Flüchtlingen stammen. Dazu könnten auch die Handydaten von Terrorverdächtigen gehören.

War dieser Artikel Ausgangspunkt für die Nachfragen, die man Ihnen als Referatsleiterin gestellt hat?

Zeugin A. K.: Da sind Behauptungen aufgestellt worden, und man wollte sichergehen, ob in dem Bereich das bekannt war, ob man da einen Bezug herstellen konnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, dieser Artikel war Ausgangspunkt für die Nachfragen in 2013?

Zeugin A. K.: Der von Ihnen zitierte Artikel ist bei uns bewertet worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und daraufhin hat man dann irgendwann diese Praxis der Weitergabe von Geodaten geändert. Und ich würde Ihnen gerne jetzt als stillen Vorhalt die entsprechende Weisung vorlegen, die damals ergangen ist, und zwar ist das MAT A BND-2/3j, Tagebuchnummer 144/15, dort Paginierung 381. „Kontrollmechanismen bei der Meldeweitergabe an integrierte Partner“ - das ist der Titel. Und da würde ich gerne, dass Sie den letzten Absatz lesen, und dann möchte ich Sie gerne zum letzten Anstrich fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Das Dokument ist eine Anlage zu der Beantwortung einer Kleinen Anfrage. Das ist leider nicht datiert. Die Kleine Anfrage stammt aus Dezember 2013, steht also auch in zeitlichem Zusammenhang mit dem eben von mir erwähnten Artikel aus der *Süddeutschen Zeitung*.

(Die Zeugin berät sich mit RD Philipp Wolff (BK))

Zeugin A. K.: Dazu kann ich was in der eingestufteten Sitzung sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, wir sind jetzt - - Wir dürfen diesen Vorhalt so machen, und ich möchte, dass Sie den letzten Anstrich lesen.

(RA Johannes Eisenberg: Ja, aber sie darf doch nichts sagen!)

- Nein, sie darf ja nichts sagen. Genau. - Ich möchte, dass Sie den letzten Anstrich lesen -

(RA Johannes Eisenberg: Was soll das denn jetzt?)

- ja, das werden Sie jetzt sehen, Herr Eisenberg - und dann mir bitte eine Frage danach beantworten. Also den letzten Anstrich - da ist ein Spiegelstrich - und dann die zwei Zeilen dahinter. - Bleiben Sie bei Ihrer Aussage von heute Vormittag, dass keine Telefonnummern übergeben wurden?

Zeugin A. K.: Ich sage dazu was in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Bleiben Sie nach diesem Vorhalt bei Ihrer Aussage von heute, die Sie vorhin getätigt haben, dass keine Telefonnummern übergeben wurden?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin A. K.: Also, nach meinem Kenntnisstand ist nichts weitergegeben worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Nach Ihrem Kenntnisstand sind keine Telefonnummern weitergegeben worden. - Sind denn Telefonnummern erhoben worden? Also, ich weise Sie darauf hin, dass natürlich auf Grundlage dieses Dokuments ich Sie noch mal jetzt auf sozusagen die Wahrheitspflicht hinweisen kann. - Wir reden jetzt über Telefonnummern. Sind diese erhoben worden?

Zeugin A. K.: Im Rahmen des Auftrags sind auch möglicherweise Nummern erhoben worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal dazwischengehen. Frau Zeugin, wenn Sie wissen, dass Telefonnummern erhoben wurden, dann hatten Sie jetzt die Chance, zu sagen: Ich berichtige das. - Sie können nicht sagen, es sind - - Wenn Sie es wissen, dann müssen Sie es sagen. Das ist sonst eine Falschaussage.

(Christian Flisek (SPD): Ja, genau! - RA Johannes Eisenberg: Sie kann nur das sagen, an was sie sich erinnert!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und erinnern Sie sich daran, dass Telefonnummern erhoben wurden?

Zeugin A. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie erinnern sich nicht daran, dass Telefonnummern erhoben wurden?

Zeugin A. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben eben einen Satz eigentlich angefangen und nicht beendet auf die Frage, ob Telefonnummern erhoben wurden, und der lautete nicht, die Antwort: Es wurden keine erhoben. - Warum legen Sie sich jetzt fest darauf, dass keine erhoben wurden?

(RA Johannes Eisenberg: Weil sie aus der Erinnerung



Nur zur dienstlichen Verwendung

schöpft! Weil der Herr Vorsitzende sie streng dazu aufgefordert hat! Ganz streng! Wenn sie sich nicht erinnern kann, kann sie auch nicht ausschließen!

Sie hatten einen Satz begonnen: „Es wurden entsprechende“ usw., und dann gab es die Intervention, und ich möchte jetzt wissen, ob Telefonnummern erhoben wurden. Ich meine, sonst macht das Ganze hier ja auch keinen Sinn.

Zeugin A. K.: Ich erinnere mich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Es klingt wie eine Schutzbehauptung. - Es gibt einen Artikel, der unterstellt, dass Daten durch Ihr Tarnmittel an die USA geflossen sind, die geeignet waren, Menschen zu exekutieren. Danach wird man panisch im Amt und sagt: „Wir müssen bestimmte Dinge verkürzen, darunter auch Telefonnummern“, und daran will man sich nicht erinnern, an diesen Vorgang. Das muss ja eine große Diskussion gewesen sein: Leute, sind wir beteiligt an Morden? Wir müssen mal die Köpfe zusammenstecken, was hier läuft. Was macht die DIA eigentlich mit den Daten, die wir denen geben?

Und zentral sind die Telefonnummern. Heute Morgen saß der Drohnenpilot Brandon Bryant hier. Der hat ganz klar gesagt, dass zur Zielerfassung diese Mobilfunknummern total essenziell sind. Wir reden hier über Telefonnummern. Und Sie wollen sich nicht erinnern. Das kann nicht sein, weil dieser Artikel hat bei Ihnen etwas ausgelöst im Tarnmittel. Und in diesem Artikel geht es um Drohneneinsatz, da geht es nicht darum, dass den Asylbewerbern schlecht geworden ist nach der Befragung. Deswegen möchte ich Sie noch mal darauf hinweisen, dass Sie bitte uns die Wahrheit hier sagen müssen, weil wir diese Sache versuchen aufzuklären. Und die Frage ist: Haben Sie auch Telefonnummern in den Befragungen erhoben?

Zeugin A. K.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben die amerikanischen Befrager Telefonnummern erhoben?

Zeugin A. K.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): War das Thema „Telefonnummern“ irgendwann mal Diskussionsgegenstand?

Zeugin A. K.: Ich habe vorhin ausgeführt: Das war nicht unser Auftrag.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie dieses Schreiben „Kontrollmechanismen“?

Zeugin A. K.: Dürfte ich es mal sehen?

Martina Renner (DIE LINKE): Das hatte ich Ihnen eben schon mal vorgelegt, das mit dem Anstrich. Kennen Sie das?

Zeugin A. K.: Ist das das von eben?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das kennen Sie. Darin ist von Telefonnummern die Rede. Wer hat sich das denn ausgedacht, dass es da um Telefonnummern gehen könnte?

In diesem Artikel heißt es:

Dazu können auch die Handydaten von Terrorverdächtigen gehören.

Dieser Artikel hat das ganze Manöver ausgelöst. Danach trifft man Regelungen hinsichtlich von Mobilfunktelefonnummern. Und Sie sagen, Sie kennen das alles nicht, weil Sie sich nicht erinnern, ob man diese Telefonnummern erhoben hat. Das kann doch nicht sein. Dann hätte dieser Artikel bei Ihnen ja gar nichts ausgelöst. Dann hätten Sie sagen können: Haut ihn in die Tonne! Die behaupten, dass wir hier Handydaten abfragen. Machen wir nicht. - Aber da war Panik. Danach hat man einen Erlass in den Raum gestellt. Warum denn? Weil man sich nicht an Morden beteiligen will.

Können wir darüber mal jetzt langsam reden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg:
Herr Vorsitzender, können
wir mal um eine Unterbre-
chung bitten?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Reichen
zwei, drei Minuten?

(Die Zeugin nickt - RA
Johannes Eisenberg: Ich
möchte mit der Zeugin
darüber reden, ob sie über-
haupt die Vernehmung
fortsetzen soll!)

- Ja, klar. Machen wir zwei, drei Minuten. Wenn
es eine Minute länger dauert, ist es kein Problem.

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

Frau K., können wir weitermachen? - Ach, Sie
beraten sich noch. Ich habe es nicht genau
gesehen.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

- Nicht?

Zeugin A. K.: Also zu dem SZ-Artikel: Wir haben
das überprüft, und wir haben dazu nichts gefun-
den.

Martina Renner (DIE LINKE): Und warum hat
man danach dann eine Veranlassung gesehen, die
Weitergabe der Daten zu ändern?

Zeugin A. K.: Als Vorsorgemaßnahme.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Und diese
Vorsorgemaßnahme betraf auch die Mobilfunk-
telefonnummern?

Zeugin A. K.: Das erinnere ich im Einzelnen
nicht, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden denn
Mobilfunktelefonnummern erhoben?

Zeugin A. K.: Ich sagte ja eben: Ich weiß es nicht
mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): War das eine
intensive Diskussion zu dem SZ-Artikel?

Zeugin A. K.: Entschuldigung?

Martina Renner (DIE LINKE): War das eine
intensive Diskussion zu dem SZ-Artikel?

Zeugin A. K.: Das eine Diskussion? Das war eine
Anfrage. Die war abzuarbeiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen wahr-
scheinlich nicht mehr, wer die Anfrage an Sie
gestellt hat.

Zeugin A. K.: Ich gehe im Moment davon aus,
dass es die Pressestelle war.

Martina Renner (DIE LINKE): Anfragen von der
Pressestelle, ziehen die normalerweise Weisun-
gen nach sich?

Zeugin A. K.: Kann ich nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Mit wem haben Sie
eigentlich zwischenzeitlich, zwischen der heuti-
gen und der letzten Vernehmung, gesprochen?

Zeugin A. K.: Hatte ich vorhin schon gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir haben aber
noch nicht den Namen erfahren.

Zeugin A. K.: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Den Namen hätten
wir gerne.

Zeugin A. K.: Mit einem Befragterführer.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie uns
das Kürzel sagen? Weil wir suchen ja immer
noch einen geeigneten Befragterführer, den wir
hier mal vernehmen können, der sich besser erin-
nert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Ich teile das der Bundesregierung mit.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist dieser Befragter heute auch in Ihrem Dienstbereich tätig, in dem Sie jetzt eingesetzt werden?

Zeugin A. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man sich dann zufällig getroffen in der Kantine, oder wie kommt das zustande?

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und er ist auf Sie zugekommen.

Zeugin A. K.: Wir haben uns getroffen.

Martina Renner (DIE LINKE): Von wem ist denn die Initiative ausgegangen?

Zeugin A. K.: Ein Zufall ist ein Zufall.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann hat man sich da unterhalten. Arbeitet der jetzt auch in Berlin oder in Pullach?

Zeugin A. K.: Ich gebe die Identität der Bundesregierung.

Martina Renner (DIE LINKE): Arbeitet er im selben Dienstsitz wie Sie heute?

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann haben Sie denn dieses Papier, was ich Ihnen vorgelegt habe, das erste Mal gesehen?

Zeugin A. K.: Das sage ich in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Oh, warum das denn?

Zeugin A. K.: Weil das Papier eingestuft ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wann Sie es das erste Mal gesehen haben - - Haben Sie es damals gesehen, im November, Dezember 2013, oder jetzt erst irgendwann?

Zeugin A. K.: Das sage ich in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum?

Zeugin A. K.: Weil es eingestuft ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber nicht eingestuft ist doch die Information, wann Sie es gesehen haben.

Kennen Sie ein Papier - nicht eingestuft - „Reaktionen der integrierten Partner im Befragungswesen“? MAT-A BND 2-5c.pdf, Blatt 135. NfD, genau, deswegen ... (akustisch unverständlich) Auch 02.12.2013. Das muss ja da richtig eingeschlagen sein, dieser SZ-Artikel.

Zeugin A. K.: Könnte ich das mal sehen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Das könnte eine Mail von Ihnen sein.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da ist von „einschneidenden Konsequenzen“ die Rede, die möglicherweise das Ganze nach sich ziehen kann, schreiben Sie. Ich kann jetzt den Wortlaut nicht wiedergeben, weil Sie mein Exemplar haben. Das ist jetzt gerade ein bisschen problematisch. Im mittleren Teil.

(RA Johannes Eisenberg:
„Möglicherweise“!)

- „Möglicherweise“, ja. Ich hatte Sie jetzt aber auch nicht gebeten, das vorzulesen.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich wollte Ihnen helfen!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ja, müssen Sie nicht. Ich rede mit der Zeugin. - Was meinten Sie denn mit den „möglicherweise ... einschneidenden Konsequenzen“, die das Ganze nach sich ziehen könnte? Ein Artikel, in dem nichts stimmt.

Zeugin A. K.: Die Frage von Ihnen, wenn ich die noch mal hören - -

Martina Renner (DIE LINKE): Was meinten Sie damals mit „möglicherweise ... einschneidenden Konsequenzen“? Ich kann jetzt den genauen Wortlaut leider Ihnen nicht vorlesen, weil mir das Dokument gerade nicht vorliegt. Weil Sie vorhin ausführten, Sie haben geprüft, alles, was in dem SZ-Artikel steht, stimmt nicht. Dann muss man ja nicht - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das steht da auch gar
nicht!)

- Herr Eisenberg, Sie interpretieren das Schriftstück nicht. Sie haben es nicht verfasst, und Sie haben auch mit dem BND nicht mehr zu tun, als dass Sie der Zeugenbeistand sind.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, nein!)

- Ich hoffe es mal für Sie.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber Sie machen falsche
Vorhaltungen! Dann darf
ich ja wohl sagen, dass Sie
falsche Vorhaltungen
machen, Frau Renner!
Dann nehmen Sie es sich
wieder und halten anständig
vor! Da steht gar nicht
drin, dass sie gesagt hat
„einschneidende Konsequenzen“!)

- Dann nehme ich es wieder und halte es ordentlich vor.

(RA Johannes Eisenberg:
Bitte schön!)

Schon vor Veröffentlichung der Antwort des Parl. StS Dr. Ole Schröder auf die Frage des Abgeordneten Jan Korte (DIE LINKE) am 28.11.2013 waren die Vertreter der integrierten Partner im Befragungswesen (USAMD ...)

- Schwärzung -

zu einer außerordentlichen Besprechung zu EAC eingeladen worden.

Im Rahmen dieser Besprechung wurde den Partnern mitgeteilt, dass im Zuge der journalistischen Enthüllungen und der parlamentarischen Anfragen zum Befragungswesen mglw. mit einschneidenden Konsequenzen zu rechnen sein müsse.

Was haben Sie damals dem Partner mitgeteilt, mit welchen einschneidenden Konsequenzen man rechnen muss auf Grundlage der parlamentarischen Anfragen und des Artikels in der SZ?

Zeugin A. K.: Ich habe das wiedergegeben, was ich an Signalen - - also als Vorsorgemaßnahme auch die Partner informiert, dass das zu Konsequenzen führen könne.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich lese Ihnen mal weiter vor:

Auch wenn es noch keine belastbare Entscheidungsgrundlage gebe, so müsse mit Veränderungen bis hin zur Auflösung der BEFRA bzw. des integrierten Befragungswesens gerechnet werden.

Das meint ja nicht Vorsorgemaßnahmen, sondern der Arsch ist auf Grundeis, heißt das. Man muss mit der Auflösung der Befra rechnen, weil es Anfragen von Abgeordneten und journalistische Recherchen gibt. Was war an diesen Recherchen und diesen Anfragen so brisant, dass man diese Sorge hatte, dass es zur Auflösung des Tarnmittels kommt?

Zeugin A. K.: Es stand ja im Raume - - Wann ist dieses Schreiben - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Vom 02.12.2013, eine E-Mail von Ihnen.

Zeugin A. K.: Genau. Und kurz vorher hatte Herr Dr. Ole Schröder diese Bekanntgabe vollzogen, und ein paar Tage später habe ich nicht ausgeschlossen, dass daraufhin jetzt Konsequenzen daraus erfolgen werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich lese Ihnen mal weiter vor:

Heute Morgen, nach der Veröffentlichung der Antwort auf die Frage des MdB Korte, wurde telefonischer Kontakt zu den

- geschwärzt -

Liaison-Beamten von ... USAMD aufgenommen. Die Reaktion der integrierten Partner war von Schock, Trauer und Verärgerung über die Ereignisse geprägt.

Zeugin A. K.: Die Ereignisse, dass der Herr Dr. Schröder das Ende der HBW verkündet hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Schock, Trauer und Verärgerung.

Zeugin A. K.: Genau so.

Martina Renner (DIE LINKE): Hier steht nichts davon, dass Ole Schröder beschlossen hat, die Hauptstelle aufzulösen.

Zeugin A. K.: Aber das stand dahinter.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann muss ja diese Information, durch diese Kleine Anfrage und durch die journalistischen Enthüllungen, wie es hier steht, hervorgerufen, richtig dramatisch gewesen sein - oder? Also, ich meine, man überlegt dann, das Tarnmittel aufzulösen, und der Partner ist in Schock, Trauer und Verärgerung.

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Also, das war ein doch sehr prägnanter Vorgang im November, Dezember 2013?

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Kein einfaches „Mal eine Weisung abgeben und alles gut“, sondern da hat es gerappelt, aber richtig.

Zeugin A. K.: Das fing mit diesem Auftritt Dr. Ole Schröder an.

Martina Renner (DIE LINKE): Auftritt? Wo ist denn der aufgetreten?

(RA Johannes Eisenberg:
Vor dem Parlament!)

- Bitte?

(RA Johannes Eisenberg:
Meine Güte!)

- Waren Sie dabei, Herr Eisenberg?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Wortmeldung von Herrn Wolff.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, aber ich habe zugehört!)

Einmal ganz kurz Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will natürlich in keinerlei Weise sagen, dass das ein falscher Vorhalt ist, Frau Renner. Aber ich glaube, es geraten einfach zwei Sachen durcheinander. Es geht im Dezember 2013 um die tatsächliche Enttarnung der HBW als solcher, um die Offenlegung der HBW. Und darum dreht sich diese E-Mail, nicht um den Sachverhalt, der zuvor geschildert wurde. Und ich glaube, das geht jetzt gerade aneinander vorbei.

(RA Johannes Eisenberg: So ist es! Und das hat sie schon gesagt!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist Ihre Interpretation, aber hier steht: „im Zuge der journalistischen Enthüllungen“, vom 02.12.2013. Der Artikel, den ich vorgehalten habe, ist vom 20. November 2013, also zehn Tage später. Ich glaube, das steht alles miteinander im Zusammenhang. Sagen wir mal so.

Also, die eine Meldung war: „Das ist eine Tarnorganisation“, und die andere Meldung war: Die sind beteiligt am Drohnenkrieg. - Beides war nicht ganz kommod für den BND und auch für die Bundesregierung. Ich glaube, das war der Hintergrund. Das hat - -

Ich habe da noch einen Vorhalt, um das abzurunden, vom 22. November 2013. Da schreibt Herr Präsident Schindler an Herrn Pofalla: Befragungswesen des Bundesnachrichtendienstes. - Das ist MAT-A BND 2-5c.pdf, Blatt 131. Da werden Informationen übermittelt: Was ist eigentlich die Hauptstelle für Befragungswesen? Wie werden die Partnerdienste eingebunden? Wie arbeitet die HBW? Und so weiter. Das heißt, der Präsident hat sich dann auch damit beschäftigt?

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das Ganze hat - - Und aus Ihrer Erinnerung heraus - - Das sind ja jetzt - das Zeitfenster ist also vom 20. November bis erste Dezemberwoche - 14 Tage, und da passiert ganz viel. So. Und da wird ja viel dann über die Vorgänge auch gesprochen worden sein. Und vor dem Hintergrund, dass das so ein einschneidendes Ereignis war, glaube ich, für Sie als Referatsleiterin, ist für uns nicht sehr nachvollziehbar, dass zu wesentlichen, substanziellen Fragen der Arbeit der Hauptstelle Befragungswesen Sie nichts sagen können, zum Beispiel zu der Frage: Wurden Mobilfunknummern weitergegeben?

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist doch schon beantwortet!)

Weil das in diesem Kontext eine Frage war. Wurde auf Asylbewerber Druck ausgeübt? Das

war in diesem Kontext eine Frage. Wie ist eigentlich die rechtliche Grundlage der Zusammenarbeit mit der DIA? Das war in diesem Kontext eine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach müssten wir aber auch weitergeben mal.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind alles Fragen, die in dem Kontext sicherlich nicht nur einmal besprochen wurden, und, ich glaube, ein so einschneidendes Ereignis ist prägend in der Erinnerung vorhanden. Und deswegen macht es das so unglaublich, dass Sie uns hierzu keine Auskünfte geben können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt käme die Fraktion der SPD dran.

(Christian Flisek (SPD): Wir haben keine weiteren Fragen!)

Dann kommt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele. - Keine Fragen? Dann vielleicht in der nächsten Runde. - Dann ist wieder die Union dran. Ich hätte zur Not Fragen.

(RA Johannes Eisenberg:
Meine Güte!)

Sagt Ihnen die Bezeichnung Munich House was?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und was?

Zeugin A. K.: Das ist ein Vertreter der Amerikaner, der sich, glaube ich, mit den operativen Belangen - - der Vertreter für die Amerikaner ist, der der Ansprechpartner für die Operativen im BND ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das war ein Mitarbeiter eines AND?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ein unmittelbarer Mitarbeiter eines AND?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Ja. Aber das - - Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und dieser hat auch Personal zur Verfügung gestellt für die Zusammenarbeit mit Ihnen, mit der HBW, amerikanisches Personal? Das ist eine Eingangsfrage, die ich als relativ trivial noch erachte. Das müssen Sie wissen, weil Sie haben da kommuniziert. Die Frage kommt gleich erst, die richtig schwere.

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und bei diesem Personal handelte es sich nicht ausschließlich um Mitarbeiter eines AND, sondern um Kontraktoren - richtig? -, die von der Kündigung bedroht waren, als das gemeinsame Projekt auslief - richtig?

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sondern?

Zeugin A. K.: Die waren nicht von der Kündigung bedroht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein. Das war in Sorge. Kann das sein?

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein?

Zeugin A. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben darüber mit dem Vertreter von Munich House aber gesprochen - richtig? Und zwar im ... (akustisch unverständlich) Steht kein Datum drauf? Das muss irgendwann im November 2013 gewesen sein, das Gespräch, am Rande eines Telefonats mit dem Vertreter von Munich House. Datum finde ich auf die Schnelle nicht.

Zeugin A. K.: Ja, wir haben uns darüber unterhalten, wenn ich das richtig erinnere, über die Zukunft für die Mitarbeiter, die amerikanischen Mitarbeiter, wo die dann eben verbleiben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum haben Sie sich über die Fragen der Kündigung unterhalten, wenn das doch Mitarbeiter eines AND sind? Die werden doch in der Regel nicht gekündigt, wenn eine Kooperation nicht weitergeführt wird. Warum war das Thema?

Zeugin A. K.: Kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Kann ich das Papier sehen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das Papier können Sie gerne sehen. Ich werde mir den Satz eben noch mal selber durchlesen, wenn ich es aus der Hand gebe.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Da, wo der Daumen gerade war, der Absatz. Vielleicht war das eine Sorge des sogenannten Munich House oder von Ihnen; ich weiß es nicht. Geht aus dem Dokument nicht hervor. Auf jeden Fall, dass über die Frage von Kündigung geredet wurde.

(RA Johannes Eisenberg:
Das Gegenteil!)

Zeugin A. K.: Herr Sensburg, das im Befragungswesen tätige USA-Personal wäre nach Auskunft des Vertreters von Munich House bei Ende des integrierten Befragungswesens nicht von Kündigungen betroffen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, das war das Ergebnis.

Zeugin A. K.: - da es sich um hauptamtliche USAMD-Angehörige handelt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie kam es denn zu dem Thema, wenn das als Ergebnis festgestellt worden ist? Wenn das doch so selbstverständlich ist, dann fragt man doch nicht. Also, ich würde jetzt nicht fragen: Waren Ihre Mitarbeiter von Kündigung bedroht, wenn Sie das HBW schließen? - Verstehen Sie meinen Gedankengang?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Aber die Sorge stand ja im Raum, wie der soziale Verbleib ist. Wir waren - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der was für ein Verbleib?

Zeugin A. K.: Der soziale Verbleib.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was ist „sozialer Verbleib“?

(RA Johannes Eisenberg:
Fürsorge!)

Zeugin A. K.: Fürsorge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin A. K.: Was wird aus den Familien? Was wird aus den Einsatzplänen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, wo die eingesetzt werden in Zukunft.

Zeugin A. K.: Genauso ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Aber das ist jetzt auch nicht die wichtigste Frage.

Zeugin A. K.: Müssen die nach Amerika zurück? Ja? Nein?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber auf jeden Fall haben Sie dann auch über Kündigung gesprochen, und dann hieß es: Keine Sorge, gekündigt werden die nicht. Das sind alles hauptamtliche Mitarbeiter.

Zeugin A. K.: Das wollte ich offensichtlich zu dem Zeitpunkt noch mal gesichert feststellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar haben.

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist okay. - Das regt mich nur zu der Frage an: Wie ist es denn damit? Es hätten ja auch Kontraktoren sein können.

Haben Sie irgendwann mal den Eindruck gehabt, dass Sie da was Hochsensibles machen und wenn das rauskommt, das ist ganz ärgerlich? Weil klar, wenn eine Tarnorganisation preisgegeben wird, weil sie öffentlich wird, ist das ärgerlich. Dann ist die ganze Legendierungsarbeit umsonst. Aber es ist natürlich auch besonders ärgerlich, wenn die Erkenntnisse gebracht hat und die Erkenntnisquellen versiegen dadurch.

Zeugin A. K.: Dass wir das schade gefunden haben alle, das steht außer Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, und der AND anscheinend auch. Das war das, was Frau Kollegin Renner eben vorgelesen hat. Die waren geschockt, Trauer und verärgert, und anscheinend nicht nur, dass die Tarnorganisation aufgefliegen ist - das ist ja auch ärgerlich; die ganze Legendierungsarbeit über längeren Zeitraum umsonst -, aber auch, dass diese Erkenntnisquelle jetzt nicht mehr besteht. Richtig?

Zeugin A. K.: Das ist eine jahrzehntelange Zusammenarbeit, und die endet dann abrupt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und die Amerikaner scheinen da ja Erkenntnisse rausgezogen zu haben; sonst wäre sie ja schon zuvor geendet worden wegen der Tatsache, dass sie nichts bringt.

Zeugin A. K.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf was haben denn die Amerikaner besonders Wert gelegt, auf was für Erkenntnisse? Was wollten die denn konkret wissen gerade bei Informanten, die Sie intensiv befragen konnten gemeinsam?

Zeugin A. K.: Ich erinnere mich an Medical Intelligence.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das wissen wir. Und meine Fragen drehen sich immer um Geodaten, Handynummern, Personennamen. Nichts?

Zeugin A. K.: Ist mir nicht erinnerlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist Ihnen nicht erinnerlich. - Warum haben die dann Lap-tops mit Karten gezeigt?

Zeugin A. K.: Das ist vergleichbar mit Google Earth.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja. Aber was wollten die da wissen? Wo die nächste Apotheke ist?

Zeugin A. K.: Nein, aber wo das nächste Krankenhaus ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und das kriegen die Amerikaner nicht selber hin mit den Karten, die sie dann zeigen? Ich verstehe jetzt nicht - - Entweder können die Amerikaner wirklich nicht viel im Bereich „Intelligence“ - -

Zeugin A. K.: Nein, das war ein Arbeitsmittel, das mitgebracht worden ist, um es der befragten Person zu erleichtern, zu sagen: Das war da - ja oder nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meinen Sie, dass das so der große Mehrwert war für die Amerikaner, dass sie jetzt geschockt waren, voll Trauer und verärgert, dass sie nicht mehr anhand ihrer schon vorhandenen Erkenntnisse überprüfen konnten, ob das Krankenhaus wirklich noch da ist oder nicht?

(RA Johannes Eisenberg:
Jetzt verwirren Sie die Zeu-
gin!)

Fehlt da nicht was? Da muss doch noch mehr gewesen sein.

Zeugin A. K.: Das ist eine langjährige Zusammenarbeit, die nach sich gezogen hat, dass die amerikanischen Kollegen auch sehr lange hier in Deutschland waren. Klar sind die geschockt, wenn sich dann abzeichnet, dass sich das dem Ende nähert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Warum? Die kriegten doch gar nichts Neues raus. Die kriegten eine Bestätigung, ob das Krankenhaus

noch in Aleppo steht. Oder wie? Wo ist denn der Mehrwert dieser Kooperation, wenn die nur quasi ihren Erkenntnisstand noch mal bestätigt gekriegt haben? Das glaube ich nicht.

Zeugin A. K.: Die haben sich am deutschen System beteiligen können, und damit haben sie andere Leute aufgetan, andere zu befragende Personen, als sie aus eigenem Aufkommen gefunden hätten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die haben ja nicht befragt, sagen Sie doch die ganze Zeit. Die haben doch nur gefragt, ob das Krankenhaus noch steht oder ob der Arzt noch da ist. Was haben die denn noch gefragt? Da war doch nichts, oder nicht?

(RA Johannes Eisenberg:
Natürlich war da was!)

- Nein, da war doch nichts. Die haben doch nichts mehr gefragt. Oder haben die noch irgendwas gefragt? - Also war da nichts.

(RA Johannes Eisenberg:
Doch!)

Zeugin A. K.: Es war eine gemeinsame Zusammenarbeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also war da nichts. Sie sagen also nicht irgendwas, das noch gefragt worden wäre, außer wie die Gesundheitsversorgung war. Deswegen haben die Amerikaner diese Kooperation betrieben, über zehn Jahre, um mit Kartenmaterial zu kommen und zu fragen, ob das, was auf den Karten eingezeichnet ist als Medical Service oder was weiß ich was, da noch steht?

(RA Johannes Eisenberg:
Das war ein Beispiel!)

Und da waren Sie sechs Jahre Referatsleiterin und haben gemeint, Ihr Referat macht nur das?

Zeugin A. K.: Es war eine Beteiligung an dem Informationsaufkommen, das wir in Deutschland



Nur zur dienstlichen Verwendung

geschaffen haben, und dieses Informationsaufkommen hätten die Amerikaner so leicht nicht bekommen, woanders nicht bekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber welche Informationen denn genau haben die Amerikaner denn bekommen? Sie haben doch keine genannt.

Zeugin A. K.: Ja, zur Politik - also aus den Herkunftsländern, versteht sich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was denn zur Politik? Wer der Staatschef von Syrien ist, oder was? Sagen Sie doch mal was.

Zeugin A. K.: Wie die Stimmungslage in der Bevölkerung ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das kriegen die Amerikaner nicht raus?

Zeugin A. K.: Man kann doch auch nach einer Bestätigung einer Information suchen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und deswegen machen die zehn Jahre einen Aufwand mit Munich House, mit Leuten, um bestätigt zu kriegen: „Die Stimmung ist in Syrien gerade vielleicht nicht so gut“?

Zeugin A. K.: Als Beispiel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alle Achtung; das müssen wir aber bei den Haushaltsverhandlungen im Hinterkopf haben. - Ich gebe erst mal weiter. Ich bin baff, muss ich ganz ehrlich sagen, durch Ihre Aussage. Es ist schwer, mich plattzukriegen. Aber das, was Sie erzählen, ist jenseits von jeder Wahrheit. Entweder sitzen Sie auf einer Stelle und wissen überhaupt nicht, was Ihr Referat gemacht hat, oder Sie meinen, hier was Gutes zu tun und Ihre Behörde schützen zu wollen, und erreichen im Kern genau das Gleiche. Um mich dahin zu kriegen, braucht es einiges.

(RA Johannes Eisenberg:
Warum beschimpfen Sie
eigentlich die Zeugin?)

- Beschimpfen sieht auch noch anders aus.

(RA Johannes Eisenberg:
Natürlich machen Sie das!)

So, ich gebe jetzt mal weiter, außer wir hätten noch Fragen in der Union. - Jetzt ist die Fraktion Die Linke dran. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bleibe auch noch mal bei der E-Mail, die auch eben der Vorsitzende noch mal verwandt hat für seine Fragen; MAT A BND-2-5c.pdf, Blatt 135. Was ich vergessen hatte vorhin zu fragen: Sie schreiben an eine Frau V. Mehr kann ich nicht lesen. Wer ist das?

(RA Johannes Eisenberg:
Keine Aussagegenehmigung!)

- Oh, wie lustig.

(RA Johannes Eisenberg:
Die werden sich ja was
dabei gedacht haben, als sie
es geschwärzt haben für
Sie - oder?)

- Nein, ich frage doch nicht, wie der Name ausgeschrieben ist, ob da Vogelsang hintendran steht, sondern ich möchte wissen, welche Funktion Frau V. im BND hatte. - An wen schreiben Sie da? Das würde mich interessieren.

Zeugin A. K.: In nichtöffentlicher Sitzung würde ich was dazu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Was bezeichnet die ea-al/dand@dand? Was ist das?

Zeugin A. K.: Bitte? Noch mal, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, an diese Adresse schreiben Sie: ea-al/dand@dand. Was ist das für eine Dienststelle?

Zeugin A. K.: Das ist die Bezeichnung für den Abteilungsleiter bzw. die Vertretung vom Abteilungsleiter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Beziehungsweise die Vertretung?

Zeugin A. K.: Vom Abteilungsleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und Frau V.?

Zeugin A. K.: Hat diese Funktion offenbar zu dem Zeitpunkt innegehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie ist die Abteilungsleiterin.

(RA Johannes Eisenberg:
Stellvertreterin!)

Zeugin A. K.: Stellvertreterin.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen das, Herr Eisenberg. Mensch, mittlerweile ist echt der Eindruck entstanden - -

(RA Johannes Eisenberg:
Sie stehen ein bisschen auf
der Leitung! Ich höre zu
und weiß es!)

- Ja, aber Sie müssen nicht die Fragen beantworten. Immer noch nicht und auch nicht in anderthalb Jahren werden wir jetzt in den Zustand hier kommen, dass Sie die Fragen beantworten.

(RA Johannes Eisenberg:
Wenn Sie ermüdet sind,
dann nehmen Sie doch
eine Pause!)

- Ich bin total munter. - Ist das auch dann die Frau V., mit der Sie diese Frage damals - Weisung hinsichtlich der Kürzung der Geodaten - besprochen haben oder die diese Weisung erteilt hat? Das konnten wir ja vorhin nicht klären, woher das gekommen ist; aber jetzt sind wir ja schon näher. Es gibt eine Frau V., Abteilungsleiterin, Stellvertreterin. Ist von dieser Frau V. auch die Weisung ergangen, die Geodaten zu kürzen?

(RA Johannes Eisenberg, an
RD Philipp Wolff (BK)

gerichtet: Muss das nicht-öffentlich?)

Ja, da ist auch ein Datum drauf: 02.12.2013.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist aus dem eingestuft-
ten Bereich!)

- Nein, das ist - -

RD Philipp Wolff (BK): Sie nehmen jetzt Bezug auf eine Weisung, die wiederum eingestuft war vorhin.

(RA Johannes Eisenberg:
Genau!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber ich frage doch nur - - Sie hat vorhin gesagt - -

(RA Johannes Eisenberg:
Sie fragen genau nach dem
Inhalt der eingestuft-
ten Weisung!)

- Herr Eisenberg, es reicht langsam.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

- Sie haben nicht meine Fragen zu interpretieren.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie versuchen dauernd, die
Zeugin zur Übertretung
ihrer Aussagegenehmigung
zu veranlassen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt haben wir wieder das richtige Arbeitsniveau in der Stimmung erreicht, und jetzt bleiben wir wieder alle ganz friedlich und stellen die Frage weiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir konnten vorhin leider nicht klären - -

(RA Johannes Eisenberg: So
eine Unverfrorenheit!)

Wir konnten vorhin leider nicht klären, wer diese Weisung verfasst hat. Und ich frage jetzt, ob es



Nur zur dienstlichen Verwendung

zufällig sein kann, dass Frau V. diese Weisung verfasst hat. Das bezieht sich nicht auf den Inhalt der eingestuften Weisung, sondern wer sie zu verantworten hat.

Zeugin A. K.: In nichtöffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Eisenberg, Sie können Ihre Zeugin nicht einfach so beraten, dass Sie sagen: „In nichtöffentlicher Sitzung“, wenn es dafür keinen Grund gibt. Das habe ich gerade gehört, was Sie - - Ich habe gerade gehört, was Sie - -

(RA Johannes Eisenberg:
Herr Vorsitzender, ich will Ihnen noch einmal sagen: Wenn Sie meinen, dass das falsch ist, was die Zeugin macht, dann ergreifen Sie die rechtsstaatlich gebotenen Mittel, und setzen Sie sie nicht unter Druck - jedenfalls nicht, solange ich hier dabei bin! Gehen Sie zum Amtsrichter und holen Sie sich entsprechende Gehorsamsmittel, wenn Sie meinen ... (akustisch unverständlich) Ich verstehe die Aussagegenehmigung so, dass die Auskünfte zu -

Martina Renner (DIE LINKE): Mikro!

- eingestuftes Urkunden auch in nichtöffentlicher Sitzung zu erteilen sind! So verstehe ich die Aussagegenehmigung!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Völlig okay. Dann beraten Sie Ihre Mandantin dahin gehend, und dann ist das doch gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese langatmigen Ausführungen werden alle nicht ins Protokoll kommen, weil Herr Eisenberg das Mikrofon nicht benutzen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles jetzt gut? Alles jetzt gut? - Das Entscheidende ist, dass Sie Ihre Mandantin dahin gehend beraten, aber hier kein eigenes Rederecht haben. Und wenn Sie Ihre Mandantin beraten, ist das alles - -

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe Herrn Prof. Dr. Hamm angesehen und dessen Rederecht genossen! Und ich sehe nicht ein, warum rechtliche Beurteilungen nicht der Zeugenbeistand hier äußern kann!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Eisenberg - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich höre Sie überhaupt nicht, Herr Eisenberg! Ich kann Sie nicht verstehen! - RA Johannes Eisenberg: Aber ist ja egal! Ich kann es ja aufschreiben! Dann wird sie es Ihnen sagen! Und dann können Sie sie noch verhöhnen!)

- Sie können ja auch, wie ich es Ihnen schon mal ganz zu Anfang gesagt habe, eine Unterbrechung oder auch eine kurze Pause beantragen zur Beratung mit Ihrer Mandantin. Dann ist das alles viel effektiver. Dann wird der Abend im Endeffekt für alle kürzer. - Und jetzt ist die Fraktion Die Linke immer noch mit ihren Fragen dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und ich stelle die gerne noch mal. Kann es sein, dass Frau V. die Verfasserin der Weisung war, die im November, Dezember 2013 ergangen ist, mit der die Daten, Geodaten, nur noch verkürzt weitergegeben wurden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Frau Renner, ich hoffe, dass wir sachlich bleiben. Aber das Schriftstück, das Sie jetzt gerade zumindest im Inhalt angeben, ist meines Erachtens eingestuft. Insofern ist das



Nur zur dienstlichen Verwendung

völlig nachvollziehbar, wenn die Zeugin sagt, dass das in eingestufte Sitzung geschildert wird. Dann wird die Zeugin das angeben. Die Zeugin hat die Funktion der Frau V. angegeben. Das kann ich auch bestätigen. Wenn man die Frau V. als Zeugin laden will, dann werden wir das auch entsprechend organisieren. Nur, wenn wir über eingestufte Schriftstücke reden, dann tun wir das in geheimer Sitzung, und da waren wir uns auch bisher zwar konfliktuell, aber im Ergebnis häufig einig.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Herr Wolff, aber die Zeugin hat selbst heute im Verlauf der Sitzung von dieser Weisung gesprochen, und Sie haben nicht interveniert.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

So. Und ich beziehe mich auf die Aussagen der Zeugin und nicht auf irgendwelche Schriftstücke. Die Zeugin hat ausgesagt - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich kann mich nicht erinnern, dass die Zeugin beispielsweise ein Datum angegeben hat, wie Sie es gerade getan haben, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hat gesagt, es war in 2013. Wir waren auch in der Zeugenbefragung hier schon weiter. Sie hat gesagt, es gab in 2013 eine Weisung. Sie erinnert sich nicht mehr, ob mündlich oder schriftlich. Und sie konnte sich vorhin, vor ungefähr drei Stunden gefühlt oder fünf Stunden, nicht erinnern, von wem es kam. Und ich frage jetzt nur hinsichtlich ihrer Aussage heute Morgen, die Sie nicht beanstandet haben, zu dieser schriftlichen oder mündlichen Weisung, ob die gegebenenfalls von der Frau V. kommt, die hier auf einem NfD-Schriftstück steht, was nicht eingestuft ist, damit ich weiter sozusagen mir ein Bild machen kann. Da sind irgendwelche eingestuftes Materialien noch gar nicht im Gespräch. Es geht hier um eine NfD-E-Mail und eine Aussage von vor fünf Stunden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wie können wir denn hier vielleicht die Sache wegkriegen? Es geht doch darum, dass wir vielleicht hier wissen, wer noch im Spiel ist. Wenn die Zeugin das in eingestufte Sitzung sagt und Sie stellen jetzt die weiteren Fragen, dann kriegen wir raus, ob die Weisung von Frau V. kommt, die weiteren Fragen können gestellt werden. Das spielt doch vermutlich für die folgenden Fragen nicht die entscheidendste Rolle - oder? Die Zeugin sagt es ja. Und dann können wir weitere Fragen stellen, sonst drehen wir uns hier im Kreis.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Hatten Sie denn damals im November, Dezember 2013 auch Kontakt zu Herrn Schindler in der Sache?

Zeugin A. K.: Kontakt zu Herrn Schindler?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Jetzt fragen Sie nicht, wer das ist.

Zeugin A. K.: Habe ich nicht die Absicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das klang so ungläubig.

Zeugin A. K.: Mit „Kontakt“ kann ich jetzt im Moment nichts anfangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das könnte sein: Man telefoniert, man trifft sich, man wird zu einer Besprechung gebeten, man schreibt eine E-Mail, man bekommt eine Aufforderung, Herrn Schindler eine Zuarbeit zu machen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man geht abendessen!)

Man geht mit ihm - - Nein, Entschuldigung, das lasse ich weg. Kantinenbesuche eingeschlossen. - Also: Kontakt.

Zeugin A. K.: Kann eine Zuarbeit gewesen sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „gewesen sein“? Es könnte gewesen sein! Was ist das für eine Antwort?)

Also war es eine Anfrage, dass Sie eine Zuarbeit für Herrn Schindler fertigen?

Zeugin A. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Um was ist es denn da gegangen? Was sollten Sie denn aufschreiben?

Zeugin A. K.: Ja, den Anlass kenne ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Den Inhalt vielleicht?

Zeugin A. K.: Das würde sich ja nach dem Anlass richten.

(Lachen)

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das hat mittlerweile komödiantische Züge hier. - Um was ging es denn? Ich meine, ich kriege relativ selten -

Zeugin A. K.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): - von Herrn Gysi eine Aufforderung - nein, es ist ja jetzt nicht mehr Herr Gysi -, von Frau Wagenknecht und Herrn Bartsch, irgendwas aufzuschreiben. Aber wenn es so wäre, würde ich es mir merken. - So, Sie bekommen 2013 eine Aufforderung von Herrn Schindler, etwas aufzuschreiben. Um was ging es denn da?

Zeugin A. K.: Ich weiß es nicht, worauf Sie hinauswollen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind Referatsleiterin. Wie häufig ist es denn, dass Sie eine Aufforderung von Herrn Schindler bekommen, etwas zuzuarbeiten?

Zeugin A. K.: Häufiger, zum Beispiel mit parlamentarischen Anfragen im Zusammenhang.

Martina Renner (DIE LINKE): Die kriegen Sie immer direkt von Herrn Schindler, die Aufträge.

Zeugin A. K.: Die kommen über den Stabsbereich, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Diese Anfrage, über die ich jetzt rede, weil ich - - Die Ausgangsfrage war: Hatten Sie Kontakt mit Herrn Schindler? Ich habe nicht gefragt: Hatten Sie Kontakt mit dem Stabsbereich? Das war ja die Ausgangsfrage. So, und auf die Ausgangsfrage: „Hatten Sie Kontakt im Zusammenhang mit diesem Vorgang, November, Dezember 2013?“ sagten Sie: Ja, es gab eine Aufforderung für eine Zuarbeit. - So weit waren wir. Und jetzt wollte ich wissen, was der Inhalt der Zuarbeit war. Nicht Stabsstelle - Schindler.

Zeugin A. K.: Ja, ich kann nur spekulieren. Ich kann nur spekulieren: Hat das mit der Organisation zu tun?

Martina Renner (DIE LINKE): Mit der Organisation.

Zeugin A. K.: Das sage ich ja gerade. Ich spekuliere jetzt im Moment gerade, weil ich - - Hat das mit der Organisationsform zu tun?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe Sie gefragt, ob Sie in dem Zusammenhang 2013, in dieser - Schock, Trauer, Verärgerung; was haben wir da alles noch? - Situation auch Kontakt mit Herrn Schindler hatten. Schock, Trauer, Verärgerung - hier ist auch noch ein schönes Wort: ungläubiges Staunen. Finde ich auch gut. - So, und da habe ich Sie gefragt, ob in dem Zusammenhang es auch Kontakt mit Herrn Schindler gab. Und Sie sagten, ja, Sie sind aufgefordert worden, eine Zuarbeit zu machen, und ich frage Sie jetzt: Was war Gegenstand der Zuarbeit?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Nur ganz kurz, Frau Renner. Das ist wirklich mühsam. Das ist ja im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aktenordner direkt dahinter. Man kann die Zeugin natürlich minutenlang befragen, was sie da für eine Zuarbeit gemacht hat. Nur, wenn es das Blatt nach dem Blatt davor ist, dann kann man es ihr auch einfach vorlegen, dann erinnert sich die Zeugin daran, und dann kann sie es hier erklären. Sie erinnert sich ja erkennbar nicht daran. Das Blatt hinter der E-Mail, die Sie gerade vorgehalten haben, ist die Zuarbeit. Das ist eine PR-Vorlage, die die Frau K. geschrieben hat. Ich glaube, das macht es alles irgendwie einfacher. Vielleicht haben Sie es auch nicht gesehen; aber ich glaube, es erleichtert den Ablauf.

Martina Renner (DIE LINKE): Da irren Sie, dass es das Blatt danach ist. Aber wir müssen ja hier nach dem sozusagen Erfahrungswissen der Zeugin fragen und nicht danach, was wir in Akten gelesen haben. Das ist Gegenstand der Beweisaufnahme. Deswegen müssen wir tatsächlich an dieses Erinnerungswissen appellieren; sonst ist das keine Beweisaufnahme, sondern wir machen ihr dann hier Vorhalte.

RD Philipp Wolff (BK): Aber man kann das Erinnerungsvermögen auch ein bisschen beschleunigen, und das würde uns, glaube ich, allen helfen.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber warum sollte man! -
Nina Warken (CDU/CSU):
Dann machen wir jetzt gar
keine Vorhaltungen mehr!)

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Nachdem Sie diese Zuarbeit gemacht haben, gab es dann noch mal einen weiteren Kontakt mit Herrn Schindler, oder war die Sache dann erledigt?

Zeugin A. K.: Also, es kamen dann ja, wie gesagt, Anstöße und Überlegungen, wie mit der Sache organisatorisch umzugehen ist, und ich nehme an, dass das damit im Zusammenhang steht. Aber das ist, wie gesagt, Spekulation.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es auch Überlegungen, die Hauptstelle Befragungswesen in anderer Form fortzuführen? - Ich will ja schon irgendwohin, Herr Wolff. Ich frage ja hier auch nicht zum Jux.

(RD Philipp Wolff (BK):
Das hoffe ich! - RD Philipp
Wolff (BK) begibt sich zum
Platz der Zeugin und berät
sich mit ihr)

Gab es Überlegungen im Zusammenhang mit diesen Gesprächen mit AL (?) und Schindler und AND. Sie sind dann in Stuttgart bei der AND-Leitung auch in dem Zusammenhang; das steht ja auch in dieser E-Mail. Gab es da Überlegungen, das Befragungswesen in anderer Form fortzusetzen?

Zeugin A. K.: Wir haben überlegt, wie mit dem Umstand umzugehen ist, dass die Beschlusslage war: Das wird eingestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Haben Sie sicherlich drüber gesprochen. Gab es auch Überlegungen, das Befragungswesen in anderer Form fortzusetzen?

(Die Zeugin berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeugin A. K.: Also, im Zusammenhang, wie mit dem Vorgang umzugehen ist, hat man sich Überlegungen gemacht, wie man das gestalten kann. Die Maßgabe war aber deutlich - und es gab kein Drumherum -: Es wird eingestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, die Befragung von Flüchtlingen durch den BND ist in keiner Form durch andere Stellen oder durch den US-Partner alleine fortgesetzt worden?

Zeugin A. K.: Der US-Partner war mit dieser Beschlusslage vor der Situation: Es findet nicht mehr statt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, die Befragung von Flüchtlingen ist in keiner Form durch andere Stellen des BND oder den US-Partner alleine fortgesetzt worden?

Zeugin A. K.: Die Beschlusslage war: Es findet keine - das steht auch in dieser Verlautbarung - Befragung mehr mit dem Partner statt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Findet eine eigenständige Befragung durch den BND weiterhin statt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff, ich würde mal gerne wissen: Sind wir noch bei der gleichen Fundstelle wie eben oder schon weiter?

Martina Renner (DIE LINKE): Wir sind in gar keiner Fundstelle, wir sind im freien Gespräch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich dachte, wir wären noch bei dem Schreiben.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist nicht Untersuchungsgegenstand! Dazu muss sie keine Aussage machen und macht sie auch nicht!)

- Es wäre untersuchungsgegenständlich, insofern man davon ausgehen könnte, dass der BND eigenständig die Befragung unter neuer Legende durchführt und die Meldungen mit Five Eyes teilen würde. Können Sie das ausschließen?

RD Philipp Wolff (BK): Auch das wäre nicht untersuchungsgegenständlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum?

RD Philipp Wolff (BK): In diesem Fall wäre die gesamte Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes untersuchungsgegenständlich, sofern er irgendwelches Meldungsmaterial mit ausländischen Partnern der Five Eyes teilt. Davon sind wir bisher noch nicht ausgegangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann muss mal jemand anderes weitermachen. Dann lese ich gleich noch mal - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, wir wären jetzt sowieso mit der nächsten Fraktion dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Dann lese ich noch mal die entsprechende Stelle aus dem Untersuchungsauftrag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Vielleicht kann man das am Rande klären, vielleicht findet sich ja ein Konsens. Derweil kann die Fraktion der SPD ihre Fragen stellen. - Sie haben keine Fragen mehr im öffentlichen Teil. Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele oder Herr Kollege von Notz?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich mache noch mal was.

(RA Johannes Eisenberg:
Jetzt drehen Sie aber auf!)

Die Montagsliste bzw. wie Daten eigentlich so geflossen sind und wie das so ineinandergreifend hat, das Referat, Tarnmittel und der Geschäftsbereich 2 und Herr Schindler und das BAMF - das würde ich gerne so schaubildartig mir einmal klarmachen wollen. Deswegen: Wenn Sie als Leiterin des Tarnmittels einen Spezialauftrag bekommen haben oder irgendwie neue Anweisungen, was man jetzt rausfinden sollte oder wo man Informationen sammeln soll, von wem haben Sie diesen Auftrag bekommen?

Zeugin A. K.: Vom Geschäftsbereich 2.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom Geschäftsbereich 2. - Also, Sie waren praktisch dem Geschäftsbereich 2 unterstellt.

Zeugin A. K.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der hatte Weisungsbefugnis in dem Bereich.

Zeugin A. K.: Nicht Weisungsbefugnis, sondern der hat seine Interessen einfließen lassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wirkt aber ein bisschen so. Die geben Ihnen Sachen, die Sie zu tun haben, und wenn die eine Akte haben wollen, dann kriegen die die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Akten. Oder lief das umgekehrt genauso? - Was ist denn passiert, wenn Sie gesagt haben: „Nein, die Akte kriegt ihr nicht“?

Zeugin A. K.: So einen Fall kenne ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, man hat jede Anfrage des Geschäftsbereichs 2 - - Da hat man die Sachen weitergegeben?

Zeugin A. K.: Da hat man sich zumindest ins Benehmen drüber gesetzt, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und kommen die Sachen, die aus dem Geschäftsbereich 2 kommen, von der Spitze des Bundesnachrichtendienstes? Oder wo kommen die her?

Zeugin A. K.: Ja, die kommen aus der Ausgestaltung des Interessenprofils.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus der Ausgestaltung -

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - des Interessenprofils, -

Zeugin A. K.: Der Bundesregierung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - des Auftragsprofils der Bundesregierung.

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird im Geschäftsbereich 2 interpretiert.

Zeugin A. K.: Ausgestaltet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was bedeutet das: „ausgestaltet“?

Zeugin A. K.: Ja, mit Leben erfüllt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mal ein Beispiel. Auftragsprofil: Drogenhandel Afghanistan. Wie gestaltet das der Geschäftsbereich 2 aus? Sucht der Namen zusammen, die dann - -

Zeugin A. K.: Nein, mit Einzelaufklärungsforderungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einzelaufklärungsforderungen. Namen? Städte? Wie läuft das? Schreiben die Berichte? Müssen Sie da sieben Seiten lesen? Oder sind das Telefonnummern, Namen, interessante Regionen?

Zeugin A. K.: Ja, interessante Regionen, interessante Themen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Interessante Themen. - Also „Drogen Afghanistan“, das wäre ein interessantes Thema. Das ist ein interessantes Thema, ja gut, klar. Aber Sie haben ja gesagt, dass das ausgestaltet wird im Geschäftsbereich 2. Und die schicken Ihnen dann was? Die sagen dann - - Sie kriegen ja irgendwie - - Sie kommen ja an diese Flüchtlinge ran aus Afghanistan, und dafür müssen Sie ja irgendwie gesagt bekommen bei den vielen, die da kommen, wen Sie da befragen. Da kriegen Sie dann gesagt: „Wenn die Leute aus der Region XY kommen, guckt doch mal, ob die was über Drogen wissen“ - oder?

Zeugin A. K.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel. Okay. - Und wenn man die Informationen dann generiert, dann leitet man das automatisch weiter. Und das sollen nur zehn Fälle im Jahr gewesen sein.

Zeugin A. K.: Nein, das ist eine - - Nein, das, wovon Sie sprechen, ist ja was anderes als diese Steuerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich mir gedacht, genau. Und jetzt geht es mir darum - - Die zehn Fälle waren ja sozusagen die Einzelfälle, wo man die Akten



Nur zur dienstlichen Verwendung

komplett abgegeben hat, um eben irgendwie ständige Kooperationen vorzubereiten, die der Geschäftsbereich 2 dann in einer anderen Weise gemacht hat. Aber was haben Sie denn für Infos weitergegeben? Wie lief das ab? Haben Sie das immer zum Wochenende gemacht oder zum Wochenanfang? Oder gab es jeden Tag irgendwie Infos? Oder hat man Informationen, wie sie angefallen sind, weitergegeben?

Zeugin A. K.: Wie sie angefallen sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sie angefallen sind. - Und bei diesen sozusagen Vernehmungen, die man durchgeführt hat, hat man noch auf irgendeine andere Art Informationen gewonnen als nur durch Vernehmungen? Soll heißen: Hat man vielleicht einfach dem BAMF gesagt - -

Zeugin A. K.: „Vernehmungen“ würde ich übrigens nicht wählen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Sie sagten vorhin: Es gibt - -

Zeugin A. K.: Befragungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie?

Zeugin A. K.: Befragungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie haben ja gesagt: Es gibt die einen - helfen Sie mir noch mal -, wo man einfach die Leute so erzählen lässt, wenn sie wollen, und dann gibt es operative - -

Zeugin A. K.: Rezeptiv.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rezeptiv. - Rezeptiv. Und dann gebe es operative Befragungen, haben Sie gesagt.

Zeugin A. K.: Ja, die auftragsbezogen sind - richtig -, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeugin A. K.: - wo Aufträge gestellt werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau; die laufen dann nicht so rezeptiv, sondern eher operativ ab. - Können Sie sagen, wie viele das waren?

Zeugin A. K.: Nein, weil das ist nicht mein Bereich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wessen Bereich ist das?

Zeugin A. K.: Das ist der Geschäftsbereich 2.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - So, aber das ist ja nur ein Bereich, und ansonsten sammeln Sie ja noch andere Informationen, und die sammeln Sie, vermute ich mal, beim BAMF. Das hätten wir vor vier Stunden schon klären können; aber wir arbeiten uns da langsam ran. So, und wie funktioniert das? Wie sagt man dem BAMF sozusagen Befragung - - Oder wie haben Sie es genannt? Ich benutze jetzt schon wieder das falsche „Befragung“, nicht?

(Die Zeugin nickt)

Befragungsunabhängig, ja?

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wie sagt man bei diesen Dingen, die der Geschäftsbereich 2 erarbeitet aus dem Auftragsprofil der Bundesregierung - - Sagt man da dem BAMF auch: Passt mal auf - völlig unabhängig von einzelnen Leuten -, gebt uns doch mal eine Info: „Wie viele Leute kommen aus der und der Region in Syrien?“ oder „Wie viele Leute kommen mit dem und dem Hintergrund aus Afghanistan?“ oder so? Also, Sie haben ja noch andere Informationen gesammelt; sonst ist ja eine Behörde mit 100 Leuten überhaupt nicht zu erklären. Da frage ich Sie jetzt: Was haben Sie noch gesammelt? Was wäre so eine typische Anfrage ans BAMF gewesen, um zusätzlich noch Informationen für den Geschäftsbereich 2 ranzuschaffen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin A. K.: Ja, ich habe es ja schon mehrfach ausgeführt: Das sind also Fragen, die aus den Interessen des Geschäftsbereiches 2 sich ergeben haben und die dann eben dazu führen, dass man sich für bestimmte Themen oder für bestimmte Regionen stärker interessiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und da haben Sie auch Daten erhoben, Informationen gesammelt, unabhängig von Befragungen?

Zeugin A. K.: Ich verstehe nicht, inwiefern „unabhängig von Befragungen“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Indem Sie zum Beispiel einfach beim BAMF gesagt haben: Geben Sie uns mal die Informationen zu den und den Personen, die ihr habt beim BAMF.

Zeugin A. K.: Ja, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen; richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sind das denn für gesetzliche Bestimmungen? Jetzt sagen Sie nicht: das BND-Gesetz.

Zeugin A. K.: Doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Norm im BND-Gesetz legitimiert Sie - -

Zeugin A. K.: § 2 BND-Gesetz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): § 2 BND-Gesetz? Da können Sie alles abfragen, was Ihnen in den Kram passt, beim BAMF? Die Informationen, die gehen einfach an den Bundesnachrichtendienst?

Zeugin A. K.: Nein, das ist die Grundnorm, und es gibt andere Normen, die in Verbindung mit dem Bundesverfassungsschutzgesetz diese Informationsflüsse begründen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Das teile ich nicht. Aber jetzt tun wir mal so, als hätten Sie eine Norm, nach der

Sie das machen dürften. Wie viele Daten oder Informationen sind das denn? Oder wie muss ich mir das denn vorstellen? Kommt da aus dem BAMF jeden Morgen eine Datei mit 17 Gigabyte Informationen zu irgendwas, oder wie läuft das ab? Wie kommt Ihr Referat an diese Informationen aus dem BAMF?

Zeugin A. K.: Über die Verbindungsbeamten - - Über den Verbindungsbeamten von meinem Referat und über das Sicherheitsreferat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beim BAMF?

Zeugin A. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, der Mensch beim BAMF, der geht dann hin und gibt eine Hausorder raus und sagt: „Alle Leute aus Afghanistan aus dem und dem Bereich, da hätten wir gerne den Personalbogen“? Oder ich weiß gar nicht, was es da gibt.

Zeugin A. K.: Wie der das im Einzelnen gemacht hat, sei dahingestellt. Auf jeden Fall haben wir von dem Ergebnis gelebt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und was war das Ergebnis?

Zeugin A. K.: Dass wir bestimmte Informationen über Asylbewerber bekommen haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und wie viele waren das so die Woche? Oder wie muss ich mir das vorstellen? Wenn da 100 Leute bei Ihnen arbeiten, die müssen ja irgendwas von morgens bis abends machen. Ich kann mir das, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, dass im Bundesnachrichtendienst die Leute da rumhocken und Däumchen drehen und von diesen 100 Leuten - - Was haben Sie gesagt? 300 Befragungen werden durchgeführt im Jahr?

Zeugin A. K.: Nein, da wird eine Region oder ein Thema identifiziert, das dann bedient werden kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - So, und das erfolgt ja nun irgendwie nicht freiwillig, nicht? Oder sind die Flüchtlinge darüber informiert worden, dass man diese Informationen an den Geschäftsbereich 2 weitergibt, dass das - -

Zeugin A. K.: Ja, das natürlich nicht, weil - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich nicht.

Zeugin A. K.: Ja, weil die Grundlage des BND-Gesetzes war ab 2013 im November nach dem Termin von Dr. Ole Schröder vollkommen klar. Das heißt, die HBW - - Es gab ja kein HBW-Gesetz. Also hat sich dadurch die Rechtsgrundlage direkt auf § 8 bezogen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir gleich mal wieder wechseln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was war denn vorher Ihre Rechtsgrundlage?

Zeugin A. K.: Ebenso § 8. Bloß, die Außendarstellung war eine andere, und zwar im Sinne der Legendenwahrung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich überhaupt nicht.

Zeugin A. K.: Das ist eine Ableitung. Also, der BND hat die Befugnis zum Auftreten unter Legende und zum Arbeiten unter Legende.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wohl so.

Zeugin A. K.: Ein Tarnmittel ist zum Beispiel eine Tarnbehörde, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin A. K.: - eine Tarnbezeichnung, eine Tarneinrichtung. Und diese Tarneinrichtung kann auch unter und soll auch unter Legende arbeiten. So, das ist der eine Takt. Das heißt,

durchgängig gilt für diese Tarnbehörde im internen Bereich das BND-Gesetz. Nach außen muss aber die Legende ja gestützt sein. Und das bedeutet, Sie können sich nicht auf ein HBW-Gesetz stützen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil wir ja Gott sei Dank noch keine Geheimgesetze in Deutschland haben. Ja, das leuchtet mir ein.

Zeugin A. K.: Also!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann gab es in dem Sinne keine richtige Gesetzesgrundlage.

Zeugin A. K.: Doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin A. K.: Doch, durchgängig war es § 8 BND-Gesetz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das müssten wir vielleicht in der nächsten Runde dann klären; danke schön. - Wir kommen dann zur nächsten Fraktion, der Union.

Ich hätte noch mal eine Frage. Eben sind Sie gefragt worden zur allgemeinen Weisungslage. Keine Sorge, ich gehe jetzt nicht mehr auf irgendwelche Details von Weisungen ein. Aber da haben Sie gesagt, als Sie das übernommen haben, da haben Sie auch die Praxis übernommen, wie sie war. Habe ich das richtig verstanden noch?

Zeugin A. K.: Entschuldigen Sie, den letzten Rest noch mal, bitte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da haben Sie auch die Praxis übernommen, wie sie war. Sie haben jetzt nicht sich konkrete Weisungen durchgelesen, oder Sie haben eine Einführung gekriegt



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Sinne von: Es wird noch mal alles an Dokumenten und Briefen vorgeführt. - Ist das richtig? erinnere ich mich da richtig?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sind zu Ihrer Amtszeit dann - - Ist da mal so etwas wie eine Weisungssammlung bezüglich der HBW oder Befra erstellt worden unter Ihrer Federführung, in Ihrem Auftrag?

Zeugin A. K.: Wir hatten ein Handbuch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was war in dem Handbuch drin?

Zeugin A. K.: Die wesentlichen Vorschriften.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und das Handbuch haben Sie aber auch dann irgendwann abgezeichnet als Referatsleiterin?

Zeugin A. K.: Meines Erachtens war das schon vor meiner Zeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und so was wie ein Überblick, was Befra macht, und mit den wesentlichen Bestandteilen, ist das zu Ihrer Zeit mal erstellt worden?

Zeugin A. K.: Im Rahmen der Beantwortung von parlamentarischen Anfragen allemal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und so was wie eine Chronik?

Zeugin A. K.: Chronik meines Wissens vor meiner Zeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber gesehen haben Sie die dann mal?

Zeugin A. K.: Ich weiß, dass es so was gab, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich zeige Ihnen mal eben ein Blatt, ob wir von der gleichen reden. Da brauchen Sie nur mit Ja oder Nein - - Ich will gar keine Details wissen. Ich zeige Ihnen

das erste Blatt. Vielleicht interpretiere ich die auch falsch; deswegen zeige ich es Ihnen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Kann das so was sein?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja? - Aus welchem Jahr ist die? Ist die vor Ihrer Zeit erstellt worden? Ich habe es jetzt nicht mehr vor mir liegen - deswegen.

Zeugin A. K.: 2010.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren Sie da Referatsleiterin?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das an Ihnen vorbeigegangen?

Zeugin A. K.: Nein. Wir haben immer zwischendurch auch Zusammenfassungen gemacht, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin A. K.: - Auskoppelungen usw. usf., unter Bezug auf andere Dokumente.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das wussten Sie aber jetzt gerade nicht, dass die Chronik zu Ihrer Zeit erstellt worden ist?

Zeugin A. K.: Das ist - - Bei Abfragen zu Sinn und Zweck und Hin und Her kam immer wieder mal so eine Anfrage. Ich sage doch - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Anfragen, Chroniken zu erstellen?

Zeugin A. K.: Ja, zum Beispiel. Also, wir haben einen schwankenden Meldungsfluss gehabt, wir haben ein schwankendes Personal gehabt und, und, und. Und dann hat man sich rückbesonnen, und irgendwelche Anlässe gab es dann, dass man



Nur zur dienstlichen Verwendung

gesagt hat, wir wollen mal schauen, wie es schon mal war zum Zeitpunkt XY, und: Wie ist es jetzt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gucken Sie noch mal: Es gibt nur diese eine Chronik aus dem Jahre 2010. Da ist ein Riesenaufwand betrieben worden. Da haben sich Mitarbeiter drangesetzt. Da gibt es auf der Rückseite sogar ein Dankesding. Da gibt es ein Vorwort. Also, dass so was öfters entstanden ist - - Das würden wir dann beiziehen hier. Ich kann mir nicht vorstellen, dass solche Chroniken regelmäßig erstellt worden sind. Kann das sein, dass Sie sich da jetzt vertun?

Zeugin A. K.: Nein. Da lese ich jetzt gerade mal:

Die Chronik wurde von Frühjahr 2007 bis 2008 von einem ehemaligen Befra-Angehörigen

- usw. usw. -

angefertigt.(?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und dann ist sie 2010 veröffentlicht worden, im Frühjahr 2010.

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und so was passierte dann über mehrere Jahre? Wurde regelmäßig erstellt, so was? Sie haben gerade gesagt, so was wurde regelmäßig erstellt, solche Chroniken.

Zeugin A. K.: Auszüge davon sind zusammengestellt worden, wenn zum Beispiel die Nachfrage war: Wie hat sich das - was weiß ich - Meldungsaufkommen entwickelt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wurden solche Chroniken regelmäßig erstellt?

Zeugin A. K.: Ich kenne diese.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kennen Sie noch eine? Die kannten Sie ja vorher eben auch schon nicht. Aber kennen Sie denn noch eine jetzt?

(RA Johannes Eisenberg:
Doch! Sie hat sich gerade erinnert, -)

- Gott sei Dank.

(RA Johannes Eisenberg: -
dass die vor ihrer Zeit hergestellt worden ist!)

- Nein, sie wurde zu ihrer Zeit veröffentlicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Doch! Da reden wir von 2010! Die war von 2007 bis 2008!)

- Nein, Herr Eisenberg - schön, dass Sie auch sich wieder zu Wort melden, obwohl Sie da gar kein Recht zu haben -, die Chronik ist veröffentlicht im Frühjahr 2010. Es steht drauf; das Blatt haben Sie vor sich liegen.

(RA Johannes Eisenberg:
2007 und 2008 erstellt! Vor ihrer Zeit!)

- Ja, weil man vorher, bevor man so ein dickes Ding veröffentlicht, daran arbeiten muss. Und das haben die Mitarbeiter, die da erwähnt sind, die im Dank da stehen, erarbeitet, und 2010 wurde sie dann veröffentlicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Ja!)

- Genau, und 2010 war die Zeugin schon zwei Jahre Referatsleiterin.

(RA Johannes Eisenberg: Ja!
Und sie hat Ihnen gesagt, dass die vor ihrer Zeit erstellt worden ist! Das haben Sie in Zweifel gezogen und haben gesagt, die wäre von 2010!)

- Die Chronik ist 2010 - -

(RA Johannes Eisenberg:
Veröffentlicht!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Genau.

(RA Johannes Eisenberg:
Und 2007 bis Anfang 2008
erstellt worden!)

- Deswegen frage ich: Ist Ihnen noch eine andere Chronik bekannt?

Zeugin A. K.: Aus dem Stegreif nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben doch eben gesagt: So was erstellten wir regelmäßig. - Oder habe ich mich da auch verhört?

(RA Johannes Eisenberg: Da
haben Sie sich verhört!
Gucken Sie beim Lesen
noch mal nach!)

- Herr Eisenberg, es hat Grenzen, auch der Ungebührlichkeit.

(RA Johannes Eisenberg:
Ja!)

- Ja, ja.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber auch, wie Zeugen
behandelt werden!)

- Nein, nein. Es - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat auch Grenzen!)

- Ja, ich frage ja, ob ich mich verhört habe.

(RA Johannes Eisenberg:
Ja!)

Frau Zeugin, Sie haben eben gesagt, Sie haben so was regelmäßig erstellt.

Zeugin A. K.: Zusammenfassungen zu bestimmten Anlässen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das war aber nicht die Frage. Die Frage war: Haben Sie solche Chroniken regelmäßig erstellt?

Zeugin A. K.: So wie die damals, die mir jetzt hier vorliegt, in der Form nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie waren Sie an dieser Chronik, von der es nur diese eine aus dem Jahre 2010 gibt, beteiligt?

Zeugin A. K.: Kann ich nicht mehr im Einzelnen sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie diese Chronik jetzt zum ersten Mal gesehen? Oder haben Sie sich erinnert, dass Sie sie kennen?

Zeugin A. K.: Ich habe mich erinnert, dass ich sie kannte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das ist doch schon mal gut. - Erinnern Sie sich noch, was in dieser Chronik alles steht?

Zeugin A. K.: 65 Seiten?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, weil Sie haben ja das Inhaltsverzeichnis vor sich liegen gerade, nicht?

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

Ist da auch kein Inhaltsverzeichnis drauf?

Zeugin A. K.: Vorwort, Frühe Jahre, Integriertes Befragungswesen, Gründung, Rechtliche Grundlagen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kein Inhaltsverzeichnis? - Okay.

Zeugin A. K.: - Ausbau des Befragungswesens, Entwicklung der Außenstellen, Besondere Befragungen, Zugbefragungen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte das ein Inhaltsverzeichnis sein?

Zeugin A. K.: Bitte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte das ein Inhaltsverzeichnis sein?

Zeugin A. K.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, okay; wir machen ja doch kleine Schritte. - Okay, dann gehe ich mal zu einem anderen Bereich über. In dieser Chronik - wie gesagt, ich will da gar nicht auf Details hinaus -, da wird auch was beschrieben, was über die Zusammenarbeit der HBW und des BAMF geht. Ist das richtig? Also, Ihnen ist bekannt, dass die HBW mit dem BAMF zusammengearbeitet hat? Es geht mir nicht um die Chronik; es geht nur darum, ob Sie es wissen.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat sie doch schon
hundertmal gesagt!)

Zeugin A. K.: Das war jahrzehntelang so, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Da sind also auch Personen vom BAMF benannt worden und hin und her; da sind also Vorgänge geschafft worden. Gab es da spezielle Aufzeichnungen, wie Sie mit dem BAMF kommuniziert haben?

Zeugin A. K.: Im Zusammenhang mit dieser Chronik?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein! Vergessen Sie die Chronik; das können Sie jetzt ad acta legen. Ich bin immer froh - - Haben Sie die Kommunikation mit dem BAMF irgendwo aufgezeichnet, Schreiben abgeheftet in Aktenordnern? Oder haben Sie quasi alles vernichtet, was Sie mit dem BAMF kommuniziert haben?

Zeugin A. K.: Wir haben Sitzungsprotokolle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn Ihnen das BAMF interessante Namen von Personen mitgeteilt hat, die Sie befragen sollten, gab es da eine spezielle Datenbank für?

Zeugin A. K.: Wüsste ich nicht; erinnere ich mich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben so wahnsinnige Erinnerungslücken; das kann ja sein. - Was wurde denn mit den Namen gemacht, die das BAMF geliefert hat, also wirklich - - Die kamen per Mail an? Oder kamen die per Telefon an oder per Brief?

Zeugin A. K.: Das sind Einzelheiten, zu denen ich nichts beitragen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber was haben Sie - -

Zeugin A. K.: Das lief ja über den Verbindungsbeamten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Beim BAMF. Und der hat seine Erkenntnisse wohin - - Ist der zu Fuß dann wieder zurückgegangen und - - Wie hat er das gemacht? Also, ich will gar nicht so schwere Sachen wissen. Ich verstehe nur den Informationslauf nicht.

Zeugin A. K.: Ja, der hat die Unterlagen an sich genommen und dann weiterverteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie hat er das gemacht? Per Post die Unterlagen verschickt? Oder hat er die im Auto mitgenommen?

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin A. K.: Der Verbindungsbeamte war ja im BAMF - wie soll ich sagen -, in der Liegenschaft, und das bedeutet, er hatte ja die kurzen Wege.

(RA Johannes Eisenberg:
Das war ihr Verbindungs-
beamter!)

- Ja, genau. Das war der Verbindungsbeamte des Befragungswesens.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ein Weg hat einen Anfang, hat ein Ziel. Richtig?

(RA Johannes Eisenberg:
Nein! Es gibt auch den Weg
nach Nirgendwo!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn man einen Weg zurücklegt, geht man irgendwo los und kommt irgendwo an; das bezeichnet man dann oft als Weg. Okay? Sind wir da einer Meinung?

Zeugin A. K.: Ich verstehe den - - Ich verstehe nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, ich probiere die Frage einfach einzuleiten, damit wir nicht schon am Anfang einen Dissens haben. Sie hatten gesagt: Der hatte kurze Wege. - Haben Sie das da - - Ist das richtig? Haben Sie das gesagt?

Zeugin A. K.: Ja, innerhalb der Liegenschaft; ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Liegenschaft war die Liegenschaft - - Welche?

Zeugin A. K.: Das BAMF.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Der hat also das BAMF nie verlassen?

Zeugin A. K.: Außer auf Dienstreise.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo ist er hingereist?

Zeugin A. K.: Zum Beispiel in die Zentrale nach Pullach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha. - Und die Akten der zu befragenden Personen hat er nur in der Liegenschaft des BAMF mit sich rumgetragen?

Zeugin A. K.: Nein, die hat er verteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wohin?

Zeugin A. K.: In die Außenstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo waren die Außenstellen?

Zeugin A. K.: Ja, im Bundesgebiet, die vorhandenen Außenstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben doch gerade gesagt: Das waren kurze Wege.

Zeugin A. K.: Ja, innerhalb des BAMF.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber er hat sie ja nicht innerhalb des BAMF gelassen. Er hat sie doch verteilt.

Zeugin A. K.: Anschließend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte doch eben gefragt: Wo sind denn die Akten hingebraucht worden? - Da haben Sie gesagt - -

(RA Johannes Eisenberg:
Jetzt machen wir eine
Pause! Die Fragen gerei-
chen zur Unehre!)

- Nein, nein, die Antworten! Die Antworten reichen dem BND zur Unehre.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie verstehen sie absichts-
voll miss, um sie dann vor-
zuführen!)

- Herr Eisenberg, ich ermahne Sie jetzt zum ersten Mal.

(RA Johannes Eisenberg: Ja,
ja! Wir brauchen eine
Pause!)

- Gut, Sie brauchen eine Pause? Sollen Sie haben: fünf Minuten.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie haben mich auch nicht
zu ermahnen!)

- Doch. Ich kann Sie sogar ausschließen.

(Die Zeugin und ihr Rechts-
beistand verlassen den Sit-
zungssaal - Dr. Konstantin
von Notz (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Was
wollen Sie mit der Jacke,
Herr Eisenberg? - Die Zeu-
gin und ihr Rechtsbeistand



Nur zur dienstlichen Verwendung

kehren in den Sitzungssaal zurück)

Zeugin A. K.: Herr Sensburg, ich bitte, für heute die Vernehmung zu beenden. Ich bin wirklich nicht mehr - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, dann müssen wir erst für eine Beratungssitzung unterbrechen. Das ist kein Wunschkonzert hier.

Die Sitzung ist für fünf Minuten unterbrochen.

Sie werden dann gleich wieder reinggerufen. Es ist noch nicht zu Ende für Sie heute. - Danke.

Die Zuschauer können im Saal bleiben. Wir schaffen das hier auf einem sehr kleinen Dienstweg.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 22.50 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Beratung)

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 22.54 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung der Zeugin A. K.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, jetzt wäre noch mal die Frage: Ist es so, dass Sie nicht mehr können? Dann ist das okay.

Zeugin A. K.: Ich kann nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wir können dann davon ausgehen, dass Sie wahrscheinlich noch mal geladen werden. Das ist klar - nicht?

(Die Zeugin nickt)

- Okay, gut. - Ich stelle damit fest, dass heute keine weiteren Fragen mehr an die Zeugin in öffentlicher Sitzung gestellt werden können.

Es ist nicht ausgeschlossen - ich hatte es ja gerade gesagt - und wahrscheinlich, dass Sie noch mal geladen werden, auch schon öffentlich. Nicht-öffentliche und eingestufte Fragen sind ja ohnehin offengeblieben.

Sie wissen, dass nach der Erstellung des Protokolls für die heutige Sitzung Ihnen dieses zugeschickt wird, Sie die Möglichkeit haben, Korrekturen vorzunehmen. Ich gehe allerdings davon aus, dass eine gegebenenfalls neue Ladung noch vor der Zusendung des Protokolls erfolgt.

Ich danke Ihnen, Frau K., heute auch für die Anwesenheit in der heutigen Sitzung und für die Beantwortung der von - -

(Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand begeben sich zum Ausgang des Sitzungssaales)

- Frau Zeugin? Frau Zeugin, -

Zeugin A. K.: Ja?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - ich war noch dabei gerade, mit Ihnen zu reden. Wenn ein Notfall vorliegt, dann würde ich Sie sicherlich entlassen. Können Sie noch einmal Platz nehmen? Also, wenn Sie ärztlichen Beistand brauchen, sorgen wir für alles.

(Die Zeugin nimmt wieder Platz)

Ich wollte Ihnen gerade noch danken, dass Sie uns für unsere Fragen zur Verfügung gestanden haben und auf die Fragen, die Sie beantworten konnten, Rede und Antwort gestanden haben.

Wie gesagt, ich habe Sie darauf hingewiesen, dass Sie noch mal geladen werden, öffentlich wie nichtöffentlich, und wünsche Ihnen jetzt noch einen schönen Abend. - Danke schön.

Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluss: 22.56 Uhr)